

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morixplatz 15193-97
Expedition Morixplatz 11753-54

Dienstag, den 28. März 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Zentrale-
Abteilung Morixplatz 11753-54

Kautsky an die USP.-Zentrale.

Die Krise der Unabhängigen.

Genosse Karl Kautsky übersendet uns diesen Offenen Brief an die USP-Zentrale mit folgendem Begleitschreiben: „Der vorliegende Brief war zuerst der Redaktion der „Freiheit“ zur Veröffentlichung eingekandt worden. Da sie sich in ihrer augenblicklichen Lage gewisse Reserven auflegen muß, trägt sie Bedenken, ihn abzuordnen. Ich erlaube daher die Redaktion des „Vorwärts“, mir Gostfreundschaft zu gewahren.“

Werte Genossen!

Im Morgenblatt der „Freiheit“ vom 24. März veröffentlicht Ihr einen Aufruf der Kommunistischen Arbeitgemeinschaft, dem Ihr einen eigenen Aufruf folgen laßt. In diesem wird die Vereinigung der K.A.G. mit der USP. für vollzogen erklärt und dies als der Anfang der sehnlichst erwarteten Wiedervereinigung des zersplitterten sozialistischen Proletariats in Deutschland begriffen.

Ich könnte mich damit abfinden, ein Häuflein Bankrotter Kommunisten zu Parteigenossen zu bekommen, wenn dies bloß eine Begleitscheinung der Vereinigung des gesamten sozialistischen Proletariats Deutschlands, also im wesentlichen der Vereinigung der USP. mit der SPD, bilden würde.

Davon ist aber gar nicht die Rede. Ihr verbindet vielmehr die Aufnahme der K.A.G. mit der Aufforderung an alle „ehelichen revolutionären Klassengenossen in der rechtssozialistischen Partei“, in die USP. einzutreten.

Ich weiß nicht, was Ihr Euch dabei gedacht habt. Die bisherige Erfahrung hat doch schon genugsam gezeigt, daß die ehelichen revolutionären Elemente, die es offenbar auch nach Eurer Ansicht zahlreich in der SPD. gibt, nicht daran denken, ihrer Partei den Rücken zu kehren. Insofern ist die Aufforderung eine lächerliche. Doch leider ist sie noch etwas Schlimmeres. Sie besagt, daß die Zentraleleitung die Vereinigung des deutschen sozialistischen Proletariats durch die Zer-

trümmerung der SPD. herbeiführen will, was steten rücksichtslosen Kampf gegen sie unerläßlich macht.

Euer Aufruf, der als Einigungsschalmel beginnt, klingt also in einen Kriegsruf gegen die SPD. aus. Ihr drückt einige Duzend kommunistischer Parteiverderber an Euer Herz und vertreibt gleichzeitig die Kluft, die die USP. von den Millionen deutscher Proletarier in der SPD. trennt.

Damit setzt Ihr Eurer Politik die Krone auf, die schon seit geraumer Zeit die Einigung der deutschen Sozialisten hemmt. Ihr mit Eurem Anhang seid dadurch die Hauptschuldigen geworden an dem Fortbestehen der Spaltung und damit der Schwächung des deutschen Proletariats in einer verzweifelten Situation, in der nur enger Zusammenhalt es retten kann.

Da die Einigung des deutschen Proletariats der Hauptzweck meines Lebens geworden ist, wird es mir unmöglich, dieser schweren Schädigung des deutschen und damit des internationalen Sozialismus gegenüber stillzuschweigen. Das würde mich zum Mitschuldigen an Eurem Tun machen.

Ich fühle mich gedrängt, vor aller Öffentlichkeit gegen den Aufruf der Zentraleitung der USP. (schärfsten Protest) einzulegen.

Wohl möglich, daß dieser Protest Euch sehr gleichgültig läßt! Schon 1920 haben ja Crispian und Dittmann, um das Wohlwollen der Moskauer Gewalthaber zu gewinnen, ihnen erklärt, meine Stimme werde in der USP. nicht beachtet. Weit mehr Gewicht für Euch haben Braß und Däumig.

Nicht um Euch zu überzeugen, richte ich diesen Brief an Euch, sondern um Klarheit zu schaffen über das Verhältnis zwischen Euch und mir.

Charlottenburg, 25. März 1922.

Mit sozialistischem Gruß

Karl Kautsky.

Ministerkonferenz über die Milliarden-Note.

Am Nachmittag fand, wie Wolff meldet, im Reichskanzlerhaus unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit der Reichsminister des Auswärtigen und des Innern, des Reichswirtschaftsministers und des Leiters des Wiederaufbauministeriums eine Aussprache mit den präsidierenden Mitgliedern der Reparationskommission vom 21. März statt. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen entwickelten in längeren Ausführungen die Anschauungen der Reichsregierung. In der Aussprache, an der sich die Minister und Staatspräsidenten der meisten Länder beteiligten, ergab sich einmütige Übereinstimmung mit den Grundgedanken der von der Reichsregierung in dieser Frage befolgten und fortzuführenden Politik, die morgen in der Rede des Reichskanzlers ihren Ausdruck finden wird.

In parlamentarischen Kreisen verläutelt, daß der Reichskanzler die Finanzkontrolle in dem geforderten Rahmen für unmöglich erklären wird. Weiter wird Dr. BIRTH darauf hinweisen, daß es unmöglich ist, die geforderten 60 Milliarden neuer Steuern in dem angegebenen Zeitraum aufzubringen, andererseits jedoch jede Möglichkeit zu neuen Verhandlungen offen lassen.

Am Reichstage werden am Dienstag gleich nach der Reichskanzlerrede — falls nicht von der äußersten Rechten oder der äußersten Linken Pause oder Vertagung beantragt wird — die Vertreter der Parteien zu Wort kommen. Ob später auch der Außenminister Dr. Rathenau sprechen wird, hängt von dem Verlaufe der Debatte ab.

Der Reichskanzler empfing nach den Besprechungen mit den Ministerpräsidenten und den Vertretern der Parteien des Steuerkommissiones die unabhängigen Abgg. Dr. Breitshied und Dittmann, anschließend die Vertreter der Deutschen nationalen Hergt und Schulze-Bromberg.

Die „Telegraphen-Union“ beschwert sich in einem Schreiben an ihre Abnehmer darüber, daß ihrem Pariser Vertreter von dem neuen Note der Reparationskommission nicht zugleich mit dem Vertreter vom W.B. Mitteilung gemacht wurde, und fügt hinzu:

Wir möchten nicht unterlassen, hierbei zu bemerken, daß bei der Herstellung des oben genannten Urzuges (von W.B. Red. d. „Vorwärts“) in der Forderung nach 60 Milliarden Steuern eine Fassung gewählt wurde, welche in ihrer Bestimmtheit nach dem tatsächlich später veröffentlichten amtlichen Wortlaut der Note nicht gerechtfertigt erscheint.

Wir müssen Wert darauf legen, diese Fassung noch vor der Rede des Herrn Reichskanzlers am Dienstag nachmittag gemacht zu haben, da unser Pariser Vertreter uns meldet, daß nach Auffassung einer der Reparations- und Garantikom-

mission naheliegender Persönlichkeit nicht 60 Milliarden neue Steuern verlangt worden seien, sondern eine der Geldbewertung entsprechende Ertragssteigerung der vorhandenen Steuern.

Dazu ist zu bemerken, daß der Text der mittlerweile eingetroffenen Note in Berlin allgemein so aufgefaßt wird, wie er im W.B.-Auszug verkürzt wiedergegeben war. Sollte hier ein „Mißverständnis“ obwalten, so müßte es schon die Reparationskommission selber berichtigen.

Kadel und Stinnes.

Die Verhandlungen des Sowjetrussen mit Poincaré zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erhalten jetzt ein Seitenstück durch die Bemühungen Kadel's, mit dem Stinnes-Konzern in nähere Fühlung zu treten. Während die kommunistische Presse sich nicht genug daran tun kann, jedesmal von einer Stinnesierung zu sprechen, wenn im republikanischen Deutschland eine ihr verdächtig erscheinende Maßnahme durchgeführt wird, hat Kadel am vergangenen Donnerstag gleich nach seiner Ankunft seine Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern wieder aufgenommen. Am Freitag fand darauf eine Sitzung des deutsch-russischen Vereins im Hotel Esplanade statt. Auf dieser Sitzung hielt Konsul Graap eine Rede, in der er betonte, wir könnten jetzt nicht mehr warten, sondern müßten möglichst bald in den Handel mit Rußland eintreten. Es müßten jedoch reale Garantien gefordert werden. Hierbei sei in erster Linie an die russischen Eisenbahnen zu denken.

Wie wir hören, ist Kadel mit dem Projekt einer Uebergabe der Eisenbahn an das Privatkapital einverstanden, nicht aber Krassin. Deshalb hielt man es für nötig, schnell zu verhandeln, ehe noch Krassin auf der Bildfläche erscheint. Kadel will sein Ziel dadurch erreichen, daß er das monopolistisch gerichtete Außenhandelskommissariat mit dem mehr freihändlerisch orientierten Kommissariat für den Handel zu einem Handelsministerium zusammenlegen möchte, wodurch die Hemmnisse für seine Bestrebungen beseitigt werden.

Ob das gelingt, bleibt dahingestellt. Jedenfalls ist das Verleswerden des russischen Sowjetagenten zugleich ein Beweis für die Unmährhaftigkeit der kommunistischen Propaganda und ein erschütterndes Zeichen der Rottlage Sowjetrußlands, das bei demselben Kapital Hilfe sucht, dessen Anschlag auf die deutschen Eisenbahnen von der „Stinnes-Republik“ (so heißt es dort in der kommunistischen Propaganda) abgewehrt worden ist.

Der französische Senat hat die Beratung des Sonderbudgets begonnen, dessen Rückzahlung nach dem Vertrag von Versailles Deutschland zufällt. In erster Stelle erstattete Senator Berenger Bericht.

Sèvres und Versailles.

Die maßgebenden französischen Blätter pflegen zu behaupten, Frankreich habe von Anfang an das Diktat von Sèvres auf das schärfste bekämpft, und allein England sei für die zahlreichen Ungerechtigkeiten verantwortlich zu machen, die am Türkischen Reiche im Herbst 1919 begangen worden seien. Tatsache aber ist, daß man sich französischerseits an diesen Ungerechtigkeiten lebhaft beteiligt hat, solange man glaubte, einen positiven Vorteil daraus zu ziehen. Und so ist es zu erklären, daß Frankreich Jahre hindurch eine Truppenmacht von 70 000 Mann in Kleinasien unterhielt, der die Aufgabe oblag, im trauten Einvernehmen mit den griechischen Divisionen das Diktat mit Gewalt durchzuführen. Daß sich das Expeditionskorps des Generals Gouraud blutige Köpfe gegen Mustapha Kemal holte, war noch lange nicht für den Stimmungsumschwung der regierenden französischen Sphären ausschlaggebend. Selbst der Sturz Venizelos', des ergebensten und klügsten Satelliten Frankreichs auf dem Balkan, und die Rückkehr Konstantins auf den griechischen Thron dürfte nicht entscheidend für die Sinnesänderung des Quai d'Orsay in der Orientfrage gewesen sein. Der Nationale Block hätte weitere hunderttausend Mann in den Sandwüsten Ciliciens weckenruhig geopfert und mit dem Schwager Wilhelms von Amerongen bundesgenossenschaftliche Liebeserklärungen ausgetauscht — wenn nicht der Crédit Lyonnais und einige weitere französische Großbanken allerhand großzügige Geschenke mit der Angora-Regierung eingeleitet hätten, denen gewisse Bedingungen des Sèvres-Diktats im Wege standen.

Auf einmal entdeckte man da in Paris die in Kleinasien, Thraxien und anderwärts begangenen Verbrechen des Nationalitätenprinzips, auf einmal empfand die Mehrheit des Palais Bourbon Mitleid mit den zwanzigjährigen Menschen, die bei fünfzig Grad im Schatten verendeten, auf einmal war das Oriechnenwock ein Hausen größtensinniger Imperialisisten geworden. Und man entdeckte bei dieser Gelegenheit, daß England sich wieder einmal alle Vorteile des Vertrages gesichert und Frankreich alle Mühen und Sorgen überlassen hatte: England saß unter dem Schutze seiner Ueberdreadnoughts in Konstantinopel fest, es ließ die Griechen an seiner Stelle die Wacht an den Dardanellen halten, es hatte in Palästina einen jüdischen Staat, aber unter dem eigenen Protektorat gegründet, in Arabien regierte der König von Hebräas als Sachwalter der englischen Interessen, und Mesopotamien hatte es ebenfalls mit Beschlag belegt, zumal dort wertvolle Petroleumfelder nur darauf warteten, ausgebeutet zu werden. Von diesem Augenblick an beschränkte sich Frankreich nicht mehr darauf, in seiner Presse den Ruf nach Revision des Sèvres-Vertrages erlösen zu lassen, nein, es verhandelte direkt, getrennt und mehr oder minder geheim mit Mustapha Kemal. Vorwand: Gefangenenaustausch.

Es war nun interessant zu beobachten, wie geschickt und hartnäckig Frankreich sein Ziel der Revision des Sèvres-Vertrages verfolgte. Es setzte zuerst die Ladung der Angora-Konferenz des Obersten Rates vor etwa einem Jahre durch. An sich — vom Standpunkt einer siegreichen Macht, die so nicht in den Friedensverträgen das Produkt der höchsten Weisheit und Gerechtigkeit zu erblicken vorgibt — eine völkerverherrlichende Ungeheuerlichkeit. Aber Frankreich verstand es dabei vorzüglich, die schöne Rolle des Beschützers des Nationalitätenprinzips zu spielen und die häßliche Rolle des Verächters der Wilsonschen Grundsätze England zuzuschreiben. Und außerdem wußte es meisterhaft, den Schwacher um Kleinasien mit dem Kampf um die Reparationssumme bzw. später auch um Oberschlesien zu kombinieren. Die Welt hat im Laufe des vergangenen Jahres das widerwärtige Schauspiel erlebt, daß je nach dem die griechische Offensive Fortschritte machte oder stockte, die Milliardenlast, die dem deutschen Volke aufgebürdet werden sollte, verringert oder erhöht wurde. Und man kann behaupten, daß das Schicksal ganzer Städte in Oberschlesien anders entschieden worden wäre, wenn nicht im Herbst 1921, als der Völkerverbund in Genf tagte, die Griechen eine schwere Schlappe erlitten hätten, weshalb Balfour etwas kleinlauter den französischen Forderungen gegenüber werden mußte!

England hat überhaupt in dieser ganzen Angelegenheit eine wenig erbebende Rolle gespielt. Es hätte oft genug Gelegenheit gehabt, aufzutreten und den Franzosen zu sagen: „Entweder besitzen die Verträge, die wir gemeinsam abgeschlossen haben, Ewigkeitswert und da laßt uns gefälligst mit eurem Gerechtigkeitsetzue in Frieden — oder sie sind revisionsbedürftig, und dann gilt dies nicht nur für die Türken!“ Aber der ewig schwankende, schließlich immer umfallende Lloyd George hat sich, nach einigen schwächernen Ansätzen zu einer solchen Erklärung, letzten Endes stets dem französischen Willen gefügt. Auch dürften die Nachrichten aus Indien und Ägypten besonders in letzter Zeit dazu beigetragen haben, ihn müde zu machen.

Das Ergebnis der sechsten Pariser Orientkonferenz ist somit eine neue Niederlage der britischen Weltmacht und ein Erfolg der französischen Hegemoniebestrebungen. Und trotzdem ist es aus zweierlei Gründen zu begrüßen: einmal weil die geplante Neuregelung der

Box 201

territorialen Verhältnisse auf dem Balkan und in Kleinasien, wenn sie auch bei weitem nicht alle trassen Ungerechtigkeiten von Sèvres weismacht, so doch immerhin einige der übelsten Bestimmungen des nunmehr erledigten Diktats beseitigt. Die Teilung Kleinasiens unter den Siegern ist offensichtlich aufgegeben, und auch die Lösung der Smirna-Frage bedeutet eine völlige Abkehr von den Ideen des Jahres 1919. Indessen erhält Griechenland noch immer viel mehr, als ihm ethnographisch gebührt. Nitti erzählt in seinem Buche, daß nach den eigenen Angaben von Venizelos Adrianopel 500 000 Türken, 365 000 Griechen und 107 000 Bulgaren zählt. Und trotzdem bleibt diese Stadt den Griechen zugeteilt. Auch die Zuteilung der Gallipoli-Halbinsel an Griechenland dürfte kaum zu rechtfertigen sein. Die Selbständigkeit Konstantinopels wird durch allerhand militärische Einschränkungen illusorisch gemacht, wie überhaupt die ganze türkische Unabhängigkeit mehr Schein als Wirklichkeit bleiben dürfte.

Und dennoch ist diese Revision ein Fortschritt, den wir auch aus einem zweiten Grunde begrüßen müssen: weil dies überhaupt die Revision eines der Verträge aus dem Jahre 1919 darstellt. Bildet man sich in Frankreich wirklich ein, daß es auf die Dauer angehen wird, sich mit der entwürfelten Gebärde des Beschützers ewiger Wahrheiten und Weisheiten mit aller Kraft gegen jeden Gedanken einer Revision des Versailler Diktats zu stemmen, nachdem es keine Ruhe gelassen hat, bis das Sèvres-Diktat seinen Wünschen und Interessen entsprechend revidiert wurde? Auch die Weltgeschichte hat ihre Logik: die Interessen des Credits von damals mögen in dieser kapitalistischen Welt durchaus respektabel sein, aber die Notwendigkeit der Wiedergesundung Europas ist noch viel dringender und allgemeiner. Der Tag wird kommen, an dem Lloyd George — oder sein Nachfolger — Frankreich das wird sagen müssen, was er bisher verabsäumt hat: Nicht nur für die Türken — sondern auch für die Millionen englischer Arbeitslosen!

Die Entscheidung der Pariser Orientkonferenz hat den Bann der Unantastbarkeit der Friedensverträge gebrochen. Freilich will der Zufall, daß, wie jeder ortskundige Pariser Ausflügler bestätigen wird, der kürzeste Weg von Paris nach Versailles — über Sèvres führt.

Die Bedingungen für die Türkei.

Paris, 27. März. (W.F.) Die von den drei alliierten Außenministern festgelegten Bedingungen zur Herbeiführung des Friedens zwischen der Türkei und Griechenland sind nunmehr veröffentlicht worden.

Der Türkei soll das Recht zustehen, 45 000 Mann Gendarmerie und ein reguläres Heer von 40 000 Mann, also 85 000 Mann, zu unterhalten, während im Vertrag von Sèvres nur 50 000 Mann vorgegeben wurden. Die Entscheidung der Verbündeten stellt als Grundbedingung auf, in keinem ehemals feindlichen Lande das System der Aushebung von Rekruten bestehen zu lassen. Indessen seien die drei Minister bereit, gemeinsam mit der türkischen Regierung in freundschaftlichem Geiste die Festsetzung eines bestimmten Zeitraumes zu prüfen, nach dessen Ablauf in der Türkei Rekrutierungen durch Freiwilligenanwerbung vorgenommen werden dürften. Wenn die türkische Regierung zur Bildung der Gendarmerie die Unterstützung ausländischer Offiziere wünsche, so könnten diese zur Verfügung gestellt werden.

Hinsichtlich der Kapitulationen soll die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei in weitestem Maße gewahrt werden. Deshalb soll innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages eine Kommission gebildet werden, in der England, Frankreich, Italien, Japan und die Türkei vertreten sind, um das in steuerlicher Beziehung bestehende Kapitulationssystem zu revidieren. Auch in juristischer Hinsicht soll ein Reformplan für die Kapitulationen aufgestellt werden, und zwar ebenfalls durch einen Ausschuss, in dem die Türkei vertreten ist. Ihm soll es freistehen, ein einheitliches oder ein gemischtes System zu schaffen.

Offizieller französischer Kommentar.

Paris, 27. März. (W.F.) Das Ergebnis der Orientkonferenz wird von der Agentur Haas vom französischen Standpunkt wie folgt dargelegt: Für den Fall einer Ablehnung der alliierten Vermittlung sei

In keiner Weise von Sanktionen

die Rede, also z. B. der Blockade oder Besetzung Konstantinopels, wie man sie vor einigen Monaten in London etwa ins Auge gefaßt habe. Diese Drohungen seien übrigens auch illusorisch. Damals sei die französische Diplomatie von der Gefahr bedroht gewesen, entweder zu einer feindseligen Haltung gegen die Türkei oder aber zum Bruch mit ihren Alliierten sich hinreichend zu lassen. Diese Gefahr sei völlig aus dem Wege geräumt und gleichzeitig mit ihr

verschwinde die Spannung.

die in den französisch-englischen Beziehungen durch das Abkommen von Angora erzeugt worden sei. Dieses Ergebnis allein gewinne schon eine besondere Bedeutung am Vorabend der Genueser Konferenz.

Frankreich werde auch den Türken gegenüber den moralischen Gewinn aus den Opfern,

die es im Abkommen von Angora gebracht habe, wahren, denn seiner Ausbau und Initiative sei zum großen Teil die jüngste Entwicklung der englischen Politik (eine recht beschossene Anspielung auf die Unruhen in Indien und Ägypten, die eigenmächtige Veröffentlichung des Staatssekretärs Montagne usw. Die Red.) ihren gegenüber zu danken. Durch das Angebot, das ihr gemacht werde, erlange die Türkei in der Tat schätzenswerte Vorteile.

Ohne Schwertstreich und ohne Schäden

nehme sie ganz Kleinasien in Besitz, das die griechischen Streitkräfte verwüsten könnten, wenn sie mit Gewalt zur Räumung gezwungen würden. Ein besonderes politisches Statut sei nur für die Stadt Smirna selbst vorgesehen. Dieses Statut sei übrigens demjenigen ähnlich, unter dem das den Griechen überlassene Adrianopel stehen solle. Dagegen gelange das Vilayet Smirna unter volle ottomanische Souveränität. Die Türkei erhalte einen großen Teil Thrakiens, denn die neue Grenze gehe westlich von Rodosto aus und von da bis Riklisch und ende in Midia. Griechenland behalte allerdings Gallipoli, aber es besitze dort eine Mehrheit in der Bevölkerung, und die Alliierten hätten auf diesem Boden zu viele von ihren Soldaten verloren, um daselbst Kulte Risse künftig wieder einzugehen. Im übrigen würden die alliierten Streitkräfte auf der Halbinsel untergebracht werden und ihre Entmilitarisierung zu überwachen haben, eine Maßnahme, die sich sowohl auf das europäische wie auch auf das asiatische Ufer der Meerengen erstrecken werde. Möglicherweise würden die leitenden Männer in Angora die vorgeschlagenen Änderungen des Vertrages von Sèvres immer noch für ungenügend erachten. In diesem Falle sei jedoch in Paris nichts geschehen, was nicht wiedergutmachen wäre (!) und die Fortführung der Unterhandlungen verhin derte. Es sei schon offiziell bekannt, daß Konstantinopel den Waffenstillstandsvertrag annehme und die Vertreter Angoras hätten, als sie gestern Abend von den endgültigen Entscheidungen der Alliierten in Kenntnis gesetzt wurden, eine gewisse Befriedigung nicht verhehlt.

Untersuchung gegen Kopp?

Wegen den früheren Sowjetvertreter in Berlin, Wiktor Kopp, ist, wie der Ost-Express erfährt, in Moskau eine gerichtliche Untersuchung über seine Tätigkeit an der Spitze der Berliner Sowjetmission eingeleitet worden. Die Untersuchung erstreckt sich vor allem auf die zahlreichen Beschuldigungen wegen Vorkriegsaktivitäten und Exzessen, die namentlich dem Mitarbeiter Kopp, Herr Reich, zur Last gelegt werden. Herr Reich ist der Aufforderung, sich nach Moskau zu begeben, nicht gefolgt, sondern aus den Sowjetländern ausgeschieden und weit zurück als Privatmann in Deutschland.

Lloyd Georges Vertrauensfrage.

Lloyd George ist nach London zurückgekehrt, um mit seinem Ministerium über die Formel des Vertrauensantrages zu beraten, daß zwischen ihm und dem Außenminister Curzon Differenzen über die Anerkennung Rußlands herrschen. Während Lloyd George für eine sofortige Anerkennung der Sowjetregierung ist, neigt Curzon, obwohl er zu den Liberalen gehört, mehr dem unionistischen Flügel zu, der Rußland gegenüber äußerste Zurückhaltung empfiehlt.

Im Zusammenhang mit dieser Frage ist ein Ausschuss der „Daily Chronicle“ von Interesse, in dem es heißt: „Wenn man einen Amerikaner fragt, ob für Europa die Gefahr bestehe, daß es in mittelalterliche Zustände zurückkehrt, so wird er diese Frage aufrichtig bejahen. Diese Gefahr besteht tatsächlich. Dadurch ist Genua und unbedingt die wichtigste Tagesfrage. Unter Genua muß man aber nicht nur die Konferenz verstehen, sondern die gesamte Politik, die durch diesen Namen ausgedrückt wird, und von der die Konferenz von Genua nur ein Anfang ist. Man kann sagen, daß es eine neue Krise geben wird, wenn England im Ausland nicht die Sache des Friedens versteht. Es handelt sich hier nicht um zwei verschiedene Ursachen, sondern um eine einzige. Davon wird die Konferenz von Genua der Schlüssel sein. Die Frage der Abrüstung zu Lande wird dem Völkerbund überlassen werden. Die Konferenz von Genua kann aber gleichwohl eine politische Grundlage entwerfen, auf der die Abrüstungsfrage erst möglich sein wird. Es ist möglich, daß von allen vertretenen Nationen die fetterliche Verpflichtung verlangt werden wird, sich gegenseitig während einer Anzahl von Jahren nicht anzugreifen. Aber um dieses Resultat zu erreichen, ist es nötig, daß Deutschland und Rußland in die Gemeinschaft der europäischen Völker aufgenommen werden. Die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten sind entweder die von Herren und Dienern oder die von Freunden. Im ersten Falle wird Europa immer in zwei Lager getrennt werden. Die Allianz der Herren wird eine Gegenallianz der Diener herbeiführen, und man würde zu einer Politik zurückkehren, die den Krieg verursacht hat. Es ist gewiß, daß sich Lloyd George eher von seinen politischen Freunden trennen wird, als in dieser großen Frage nachzugeben. Er würde lieber mit seinem hartnäckigsten Feinde zusammenarbeiten, wenn er dessen Unterstützung in der Frage von Genua haben könnte. — Hier wird offenbar angedeutet, daß Lloyd George unter Umständen bereit ist, im Wortkampf an die Spitze der linksoppositiven Gruppen zu treten.

Deutsche Fragen im Unterhaus.

London, 27. März. (W.F.) Chamberlain teilte im Unterhaus mit, daß bei der Debatte am nächsten Montag eine Regierungserklärung über die für Genua in Aussicht genommene Politik der Regierung abgegeben werden würde.

Ein Parlamentsmitglied fragte, ob die Sowjetregierung, als sie ihre Teilnahme an der Konferenz ankündigte, irgend etwas darüber versichert lieh, ob sie bereit sei, die festgelegten Bedingungen anzunehmen.

Chamberlain erwiderte, diese Frage könnte am nächsten Montag erörtert werden. Er sei nicht bereit, dieses Thema im Rahmen kurzer Fragen und Antworten zu erörtern. Er erklärte ferner, soviel er wisse, werde die gesamte Frage des Wechselsurfes eingehend in Genua erörtert werden, um festzustellen, welche internationale Aktion notwendig werden würde.

Unter Beifall und Heiterkeit des Hauses fragte hierauf Lord Cavendish Bentinck,

welchen Zweck es habe, daß Lloyd George nach Genua gehe, wenn die Reparationskommission in der Zwischenzeit an dem Wechselsurf Europas Sabotage verübe.

Ein anderes Mitglied stellte die Frage, ob Lloyd George die Veröffentlichung des Memorandums genehmigt habe, das er der Friedenskonferenz im Jahre 1919 unterbreitet habe und ob der Premierminister beabsichtige, zu der im Memorandum auseinandergesetzten Politik zurückzukehren.

Chamberlain bejahte die erste Frage und fügte hinzu, es bestie keinerlei Zusammenhang zwischen der Veröffentlichung des Memorandums und der Konferenz von Genua.

400 Jahre Wiedertäuferbewegung.

Von H. Diekmann.

In Wittenberg hat man in diesen Wochen den vierhundertjährigen Geburtstag Luthers von der Wartburg gebührend gefeiert. Der Wiedereintritt Luthers in das öffentliche Leben hängt bekanntlich eng zusammen mit den Anfängen der Täuferbewegung und der dieser gegenüber bekundeten Gegnerschaft. Er wollte dadurch, wie die Theologen es ausdrücken, „die Reformation von der zu raschen Fortbewegung zurückbringen in den langsameren Gang, der die äußeren Dinge und Zeichen mehr schante“.

„Die äußeren Dinge“, deren Weg der Bekenner von Worms jetzt zum „Realpolitiker“ und einige Jahre später zum vollendeten Reformer wurde, waren Staat, Standesprivilegien, Sonderregiment. Sie sahen sich bedroht durch eine Lehre, die auf dieselbe Quelle zurückging, aus der auch die Reformation geschöpft hatte.

Die soziale Unterströmung der Reformation, die an den Namen der Wiedertäufer anknüpft, hat in der Geschichte der Vorläufer des modernen Sozialismus, u. a. auch bei Engels und Kautsky, die verdiente literarische Beachtung gefunden. Ihr vierhundertjähriger, der nach dem ersten Zusammenstoß mit Luther zu datieren ist, darf nicht vorübergehen, ohne der in Stoffgeschichtlicher und sozialpsychologischer Hinsicht aufschlußreichen Auswirkung der wiedertäuferischen Lehren zu gedenken.

Die Taufe der Erwachsenen bei Verwerfung der Kindertaufe war das äußere Symbol für die erst mit körperlicher Reife, durch freie Entscheidung und innere Erleuchtung zu erlangende Aufnahmebereitschaft in die Gemeinde. Der Kern der Lehre ging im Zusammenhang mit den urchristlichen Ueberlieferungen auf die unmittelbare Verwirklichung des „Reiches Gottes auf Erden“ durch das Mittel der organisierten Gemeinschaft.

Indem die Täufer sich in der Form separatistischer Gemeinschaften von den Nichttäufers abschlossen und in oft streitbarer Sprache ihr gesellschaftliches Sonderdasein praktisch einzurichten suchten, mußten sie mit Staat und Kirche, der weltlichen und geistlichen „Obrigkeit“, notwendig in Konflikt kommen. Staatsamt, Predigeramt, Kriegsdienst, Eid, Weisig galten mit Berufung auf die Bibel als unchristlich, da sie dem geforderten unmittelbaren Verhältnis des Menschen zu Gott im Wege standen. Für Herren und Knechte war in einer Gemeinde der „Erweckten“ kein Platz.

Dieser Verneinung der alten gesellschaftlichen Ordnung standen als positive Seite gegenüber die Soziallehren der Urgemeinde in eigenartiger Vermischung mit alttestamentlichen Vorstellungen. Der Eigennutz des einzelnen sollte der hingebenden Liebe aller zu einander weichen. Keiner hatte Eigenes für sich. Teilnahme aller an der Arbeit und Teilnahme aller an dem durch strenge Vorschriften geregelten Genuß des Lebens: das sind die Formen, in welchen sich die Lehre vom „göttlich-irdischen Reich“ praktisch darstellte. Der

kommunistische Charakter der Bewegung ging stellenweise in voller Konsequenz über die Gemeinamkeit des irdischen Besitzes hinaus auf gemeinsame Kindererziehung, einheitliche Kleidung.

Die weitgehende Ausbreitung der Lehre, ihre gleichartige Auswirkung, unabhängig von Verlässlichkeit und Personen, ließe sich nicht erklären, wenn nicht in den wirtschaftlich-sozialen Zuständen der Zeit der Boden zur Aufnahme vorbereitet gewesen wäre. Der Mann, der in Anwendung wiederläuferischer Grundzüge auf politisch-soziale Verhältnisse den Befreiungskampf einer großen unterdrückten Gesellschaftsklasse, der Bauernbevölkerung, zu organisieren suchte, war Thomas Münzer.

Als religiöse Bewegung hätte das Wiedertäufertum bei seiner mystischen Einstellung wohl die härtesten Verfolgungen und Leiden erdulden können, wäre aber niemals imstande gewesen, über das Sektentum hinaus zu Einheit und Geschlossenheit zu kommen. Münzers agitatorischer Begabung gelang es, aus den örtlichen Geheimbänden und Sektens eine große revolutionäre Volksbewegung zu machen, die ganz Mitteldeutschland in ihren Kreis zog. Ueber das Ziel seiner nach unvollständigen Pläne, die er durch Reisen nach den Mittelpunkt der süddeutschen Bewegung vergeblich zu fördern suchte, kann man nur Vermutungen haben.

Der Zusammenbruch des von Münzer geführten Bauernaufstandes und das Ende des Führers selbst sind bekannt. Die sozialdemokratische Mehrheit des Stadtparlament in Mühlhausen in Thüringen, wo Münzer hingerichtet wurde, hat jetzt das Gedächtnis dieses Mannes durch Benennung einer Straße nach ihm geehrt. Wiedertäuferische Kommunitätsgemeinden haben sich, nachdem ihnen in Mitteldeutschland die Lebensmöglichkeit abgeschnitten war, noch lange an der Peripherie des alten Reichs, in Böhmen, Mähren, Friesland, Holland erhalten und dort stellenweise blühende Gemeinwesen entwickelt. Reste davon bestanden bis vor dem Kriege noch in den deutschen Kolonien Rußlands und Nordamerikas.

Bürgerliche Geschichtsschreiber und namentlich die Schulbücher haben sich an der Geschichte der Wiedertäufer arg versündigt. Unter Ausschöpfung der Lutherischen Anklagen und der späteren Ereignisse in Mühlhausen sind Wesen und Beweggründe der Bewegung gefälscht und verunreinigt worden. Möge die vierhundertjährtiger Erinnerung dazu beitragen, daß sich auch hier die geschichtliche Gerechtigkeit durchsetzt.

Zwei Menschen. Die Not der Zeitungen ist groß. Keine kann mehr das notwendige Papier aufbringen. Alle schreien sie und protestieren, da sie nicht mehr den notwendigen Forderungen der Kultur genügen könnten.

Aber, daß Heinz von Opel, der Sohn des Großindustriellen Opel, vermifft wird, das bringen sie alle. Wer hatte bis dahin schon einmal von Heinz von Opel gehört? Wer und was ist er sonst im Leben?

Die Mittel erlauben es ihm, zu seinem Vergnügen eine Bergtour zu unternehmen. Von Rißbüchel sind sie aufgestiegen und haben

das Hochnergebiet überquert. Da lange keine Nachricht kam, befürchtete man einen Unfall. Und von den besorgten Eltern wurde sofort eine Rettungsexpedition ausgeschickt, um den Menschen zu retten, den doch niemand konnte. Alle Zeitungen berichteten davon.

In Rißbüchel aber lebt auch ein Dichter. Von Augenkrankheit befallen, hat er sich in die Berge geflüchtet, um sein kleines Leben, das ihm verbleiben, noch zu erhalten. In der Jugend hat er in den Fabriken gestanden oder die Ziegel an die Gerüste zu den Mauern getragen. Da konnte er keine Reichtümer erwerben.

Jetzt kann er keine Ziegel mehr tragen. Aber nun singt er von der großen Sehnsucht der Arbeitsleute, die die Welt mit ihrem Leid erlösen wollen. Aber all die Zeitungen, die nach dem vernünftigen Heinz von Opel in Rißbüchel schreiben, die haben bei der schrecklichen Papiernot keinen Platz für den verunglückten Dichter von Rißbüchel.

Seine Eltern sind Angst in Armut gestorben. Und so wird auch keine Expedition ausgerüstet, ihn aus der bitteren Not zu erretten. Er ist ein Dichter. Eben nur ein Dichter. Er heißt Alfons Bahold.

Die heutige Sonnenfinsternis. Am Dienstag, den 28. März, findet eine ringförmige Sonnenfinsternis statt, die auch in Europa als partielle Bedeckung des Tagesgestirns sichtbar in Erscheinung tritt. Die Zone der zentralen Verfinsternung erstreckt sich vorwiegend durch die Tropen, zum Teil noch bis in die nördliche subtropische Zone. Hier wird die Finsternis liberal ringförmig sein, und zwar bis zu einer Höchstdauer von sieben Minuten. Die Ringförmigkeit hat ihre Ursache darin, daß zurzeit der Finsternis der Mond, der ja dabei die Sonne bedeckt, beinahe in Erdferne steht, wodurch seine Scheibe kleiner als die Sonne erscheint. Der Unterschied beträgt zwar nur 2 1/2 Bogenminuten; er genügt aber, um im Augenblick der zentralen Bedeckung einen Sonnenring von reichlich 1 1/2 Bogenminuten Breite unverfinstert zu lassen, so daß diese Sonnenfinsternis für die Untersuchung der wichtigsten Probleme nicht in Betracht kommt. So wird man weder die Korona noch Protuberanzen wahrnehmen können; auch der erneute Nachweis des sogenannten Gravitationsfelds, auf dem zum Teil die Schlüsseltheorie der Einsteinschen Relativitätstheorie beruht, wird diesmal nicht möglich sein. In Deutschland, der Schweiz und in Oesterreich wird höchstens ein Drittel der Sonnenoberfläche bedeckt werden. In Berlin berührt der Mond um 2.32 Uhr nachmittags den Sonnenrand und tritt um 4.20 Uhr aus der Sonnenscheibe wieder heraus. Hier werden 0.24, in Hamburg nur noch 0.20 des Sonnenburchmessers bedeckt. In München werden 0.35 der Sonne bedeckt; man ersieht aus diesen Ziffern deutlich, wie der Grad der Verfinsternung in der Richtung von Süden nach Norden abnimmt. Bei bedecktem Himmel wird sich die Verfinsternung nur durch eine ganz geringe, kaum merkbare Abnahme der Tageshelligkeit äußern lassen; bei klarem Wetter allerdings ist die Beobachtung auch für den Laien lohnend. Es muß jedoch auf das dringendste davor gewarnt werden, auch nur für einen Moment mit ungeschütztem Auge in die Sonne zu blicken, da dadurch die schwersten Sehstörungen hervorgerufen werden.

Überblick in Nordruß. Da die Formblätter des Nordrußlands überaus ihre Fortsetzungen nicht bemittelt bekamen, haben sie in den Grenz. Darauf folgt der Stadtrat die Oper.

Deutsche und ausländische Zeitungspreise.

Selbst Zeitungen valutaschwacher Länder sind teuer!

Im Hinblick auf die Notlage der deutschen Zeitungen, die jetzt alle Blätter zwingt, ihre Bezugspreise herauszusetzen, ist ein Vergleich mit dem Preisstand der Auslandsblätter interessant, auf deren Bezug ja die meisten Auslandsinteressenten, also auch die Zeitungsredaktionen, angewiesen sind.

Der sechste Nachtrag zur Postzeitungspreislifte, der in diesen Tagen erschienen ist, stellt hierin für den aufmerksamen Leser eine Fundgrube von Material dar. Vergleicht man die in der Preislifte angegebenen vom 1. April d. J. gültigen neuen Bezugspreise mit den jetzt noch geltenden, so findet man, wie sich für die deutschen Zeitungen die gewaltige Steigerung der Papierpreise sowie der Preise für die zur Herstellung der Zeitung notwendigen Materialien in dem Abonnementpreis auswirkt. Auch der Umfang dieses Nachtrages gegenüber der Hauptpreislifte zeigt, wie stark das ganze Zeitungsgewerbe an der Erhöhung beteiligt ist. Die Hauptpreislifte umfaßt 452 Druckseiten und der jetzige Nachtrag allein 336.

Bei Durchsicht der Bezugspreise des Auslandes erkennt man, wie sehr bei den Zeitungen valutaschwacher Länder im Preis auch der starke Rückgang unseres Geldwertes sich ausdrückt. Über auch die Zeitungen der ausländischen Staaten mit schwacher Valuta sind gegenüber den Zeitungen des Inlandes so teuer, daß auch dort die Gekosteten der Zeitungen außerordentlich hoch sein müssen. Wir führen einige Beispiele an: Die englische Zeitung „Daily Commercial Report“ kostet für 3 Monate 1303,19 Mark. Dabei beträgt bei dieser Zeitung das Durchschnittsgewicht einer Nummer nur 3 Gramm. Der „Daily Express“ kostet für den Monat 131,82 Mark, das „Sporting Life“ (erscheint täglich) für den Monat 235,43 Mark. Der „Punch“, die wöchentlich erscheinende satirische Zeitung, kostet für den Monat 110,95 Mark, d. h. pro Exemplar rund 27,77 Mark. Von den französischen Zeitungen kosten z. B. pro Vierteljahr das Gewerkschaftsblatt „L'Œuvre“ 273,52 Mark, „L'Humanité“ 334,15 Mark, „Le Matin“ 276,47 Mark und „Le Temps“ 330,30 Mark. Von Schweizer Zeitungen nennen wir die Abonnementpreise vom „Basler Vorwärts“ 101,44 Mark, „Berner Tagblatt“ 83,29 Mark, „Der Bund“ 154,57 Mark. Die Tageszeitung unserer schwedischen Parteigenossen „Social-Demokraten“ A. Huvudstadsupplagan“ kostet 163,90 Mark pro Monat.

Am meisten aber fällt auf, daß wir auch für Zeitungen aus den valutaschwachen Ländern noch deutschem Gelde Beträge für ein Monatsabonnement zahlen, die drei- bis viermal so hoch sind, als die für in Deutschland erscheinende Zeitungen verlangten Bezugspreise. So z. B. kosten lettische Zeitungen, und zwar „Latvijas Avīdis“ 95,70 Mark, „Latvijas Cēgns“ 95,69 Mark, „Lietausis“ 78,54 Mark, „Aizsargi Rundschau“ 132,30 Mark. Auch sächsische Zeitungen sind noch zwei- bis dreimal so teuer als Berliner Tageszeitungen. Wir führen an: „Dorpater Nachrichten“ 57,92 Mark, „Kaja“ 62,86 Mark, „Revaler Bot“ 61,50 Mark für den Monat. Das Bruderorgan unserer finnischen Parteigenossen, der „Suomen Sosialidemokratia“, kostet 63,48 Mark für den Monat noch deutschem Gelde.

Die Parteizeitung Ungarns, „Népszava“ kostet 34,64 Mark, das Parteiorgan der tschechischen Sozialdemokratie, „Freiheit“, muß von deutschen Abonnenten mit 58,84 Mark bezahlt werden. Bei all den genannten Tageszeitungen handelt es sich aber um solche, die nur einmal am Tage erscheinen; die zweimal täglich erscheinende Wiener „Arbeiter-Zeitung“ kostet monatlich 50 Mark.

Diese Preise sind nach den Bestimmungen des Madrider Weltpostkongresses bereits einen Monat und 17 Tage vor Quartalsbeginn festgesetzt, heute also bereits durch die Valutaentwicklung wieder überholt.

Man würde gänzlich sehnen, würde man die hohen Kosten der Zeitungen valutaschwacher Länder auf die Postgebühren zurückzuführen. Nein, die Sache liegt anders: In den meisten dieser Staaten ist die Angleichung der Produktionskosten an die berühmten Weltmarktpreise — die mit sinkender Valuta sich für den betroffenen Staat immer mehr erhöhen, noch weiter gediehen als bei uns, wo immerhin noch ein Teil der Warenpreise und mit ihnen die Arbeitslöhne, erheblich hinter den gleichen Kosten anderer Länder zurückbleiben. Jetzt vollzieht sich auch bei uns die Geldentwertung in

Die russische Hungersnot. Die Berichte der Delegierten des Ukrainischen Rates Kreuzes, welche die am meisten von der Hungersnot betroffenen Gebiete bereisten, enthalten folgende Angaben:

Die Straßen von Katerinoslaw sind unzufriedenlich von dem Heulen der hungrigen Kinder und Erwachsenen, die nicht mehr bitten, sondern heulend um Hilfe schreien, angefüllt. Die Kinder, erdbald im Gesicht und bis zum äußersten Grade erschöpft, sehen so aus, daß es schwer ist zu glauben, daß es lebendige Kinder und nicht wandelnde Kinderleichen sind.

Auf dem Schnee sieht ein Mensch und bittet nicht mehr, er schreit auch nicht, er heult nur. Das ist Hungergeheul.

Von früh bis spät wankten die Unglücklichen umher in der verfehlten Hoffnung, irgendeine Hilfe zu finden, bis sie vor Erschöpfung niedersinken und auf der gleichen Stelle sterben. Kriecht ein Pferd, so fängt eine Menge Hungriger, noch bevor das Tier ganz tot ist, mit Messern auf den Kadaver los. Sie drängen und schlagen einander, erschöpfen die Ställe des Hofes und verpeissen sie auf der Stelle.

In den Dörfern ist die Lage nicht besser. Nicht nur die Kadaver von Pferden und Hunden werden gegessen, sondern auch die Felle. — Hungerpsychose mehrt sich: eine Wahnsinnige hat den Leichnam ihres Vaters gernagt. Eine andere verpeist ihr Kind. (Bericht des noch dem Gouvernement Katerinoslaw delegierten Arztes vom 27. Februar 1922.)

In den drei südlichen Distrikten des Gouvernements Saporozhja hungern 190 000 Menschen. Ein Viertel der Hungernden liegt dantieder, ohne sich vor Schwäche bewegen zu können. Die Bevölkerung scheint zum Tode verurteilt zu sein. Alle Hunde und Katzen sind längst verzehrt.

Im Dorf Blagoweschenskaja sah eine Familie ihre Kinder, einen Jungen von 9 und ein Mädchen von 7 Jahren. (Gerichtlicher Akt liegt vor.) In einer anderen Familie erwürgte der hungrige Vater seine Frau und zwei Kinder.

In Arbeitsloch sind nur 10 Proze. geblieben. Aber auch dieser Rest ist für Arbeiten kaum mehr zu gebrauchen. In einigen Gebieten ist kein einziges Pferd geblieben. Im Herbst wurde zehnmal weniger geerntet als im Vorjahre.

Im Gouvernement Japorsche hungern 760 000 Menschen. Es müssen Arzneimittel, Korn für die Aussaat, Arbeitsvieh, Medikamente und Kleidung sofort eintreffen, sonst ist die Bevölkerung zum Tode verurteilt.

Spenden für die hungernden Russen in der Reichsversammlung „Brüder in Rot“, Postfachkonto Berlin 63 600, an die Reichsbank Staatsbank und die meisten anderen Banken.

Die Verwaltungs-Akademie Berlin veröffentlicht für Vorlesungsberichts über das am 24. April 1922 begonnene Sommersemester. Neben der Beamtenklausur benutzt auch andere Kreise der Bevölkerung die Gelegenheit, ihre staatsbürgerliche Bildung und ihre beruflichen Fähigkeiten zu bereichern. Neben der Verwaltungs-Akademie unterrichtet die Reichsversammlung „Brüder in Rot“, Postfachkonto Berlin 63 600, an die Reichsbank Staatsbank und die meisten anderen Banken.

Die Verwaltung-Akademie Berlin veröffentlicht für Vorlesungsberichts über das am 24. April 1922 begonnene Sommersemester. Neben der Beamtenklausur benutzt auch andere Kreise der Bevölkerung die Gelegenheit, ihre staatsbürgerliche Bildung und ihre beruflichen Fähigkeiten zu bereichern. Neben der Verwaltungs-Akademie unterrichtet die Reichsversammlung „Brüder in Rot“, Postfachkonto Berlin 63 600, an die Reichsbank Staatsbank und die meisten anderen Banken.

verschärftem Tempo, und so müssen auch die Zeitungen, die bisher sich der größten Zurückhaltung befleißigt haben, dem sinkenden Geldwert Rechnung tragen, ohne dabei an dem rücksichtslosen Preisdiktat ihrer Lieferanten sich ein Beispiel zu nehmen.

Die vorhererenden Folgen der deutschen Zeitungsnot für das Zeitungsgewerbe zeigt folgende Tatsache: Von den deutschen Zeitungen sind neuerdings 148 in der Postzeitungspreislifte gelistet, so daß man annehmen muß, sie haben ihr Erscheinen eingestellt.

Letlands Wirtschaftspolitik.

Unterzeichnung des deutsch-lettischen Wirtschaftsvertrages
Der deutsch-lettische Wirtschaftsvertrag ist gestern in Berlin unterzeichnet worden.

Der Vorsitzende der lettischen Delegation, Vizeminister des Äußeren Albert, erklärte dem Ost-Express, in der nächsten Zeit würden voraussichtlich ähnliche Wirtschaftsverträge auch mit anderen Staaten abgeschlossen werden. In Lettland seien bereits Entwürfe für solche Verträge mit England, Frankreich, Italien, Schweden und Norwegen vorbereitet; England, Schweden und Norwegen hätten ihrerseits mit den nötigen Vorberätungen begonnen und Frankreich habe dieselben angeregt. Lettland sei bestrebt, seine Finanzpolitik in Einklang mit den Bedürfnissen seines Außenhandels zu bringen: so würden die Ausfuhrzölle für alle Waren, außer den vom Staate monopolisierten, gänzlich abgeschafft und der Einfuhrtarif bedeutend ermäßigt. Ferner sei schon eine gemeinsame Kommission der baltischen Staaten mit der Ausarbeitung gleicher Zollsätze betraut worden, was zu einer Zollunion zwischen den baltischen Staaten führen soll. Auf diese Weise würden die baltischen Staaten eine wirtschaftliche Einheit bilden. Was Russland anbetrifft, so seien Verhandlungen im Gange, die den Abschluß eines Vertrages zur Erleichterung des Transits nach Rußland bezwecken.

Barnum — Hindenburg.

In einer demokratischen Versammlung sprach am Sonntag der frühere preussische Handelsminister Fischbeck. Er behandelte die brennende Frage der auswärtigen Politik, die Note der Reparationskommission, und betonte, daß an den gegenwärtigen Zuständen nicht die Demokratie schuld sei, sondern der Krieg, den eine unfähige Diplomatie nicht habe verhindern können. Dann fuhr der Redner nach dem Bericht des „B. T.“ fort:

Heute schreiben unsere Willkürs Bücher über Bücher, die dazumal, wie sie alles, was gekommen ist, ganz genau vorausgesehen hätten, und die nichts als Selbstanlagen darstellten. Als in kritischer Zeit Michaelis Reichskanzler wurde und die Führer der Parteien der Linken bei Hefflerich zu einer Aussprache geladen waren, hat Conrad Haubmann über die großen Anstrengungen Amerikas berichtet, der Entente zum Siege zu verhelfen. Da war es Hindenburg, der darauf nur die Antwort hatte: „Barnum, Barnum!“ Alle, die eine Verständigung während des Krieges verhindert und jetzt über die Zustände klagen, haben sich im November 1918 vertragen. Und viele derjenigen, die jetzt auf der Rechten das große Wort führen, suchten damals Anschlag bei der Demokratie, spielten aber heute bereits wieder die vornehmen Herren. Gegenüber den Vorwürfen über unser Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist zu betonen, daß z. B. das Verantwortungsgefühl des gegenwärtigen Präsidenten Ebert turmhoch über jedem derer steht, die damals unsere Politik verantwortl. leiteten. Wir sind einig in der Überzeugung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen es für das deutsche Volk keine andere Staatsform geben kann als die republikanische. Und geradezu unverantwortlich wäre jeder Versuch, die Monarchie an die Stelle der Republik zu setzen zu wollen.

Von den Ausführungen interessiert augenscheinlich die Mitteilung über Hindenburg in diesem Augenblick am stärksten. Bisher mußte man, daß der „Fleiger“-Hergt sich mit seinem Urteil, daß die Amerikaner „weder schwimmen noch fliegen“ könnten und deshalb nicht über den Ozean kämen, so gründlich blamiert hatte, daß er deshalb der gepriesene Führer der Deutschmonarchisten wurde. Und daß sein Freund Hefflerich ihm an die Seite gestellt wird, der „das Bleigewicht der Milliarden“ den Kriegsgegnern ans Bein binden wollte, ist ein gerechtes Urteil der Geschichte. Jetzt stellt sich Hindenburg ihnen zu mit seinem geistvollen Wort, das die amerikanische Gefahr als „Barnum“ bezeichnet, also als übertriebene Klänge für eine innerlich hohle Sache. So unverantwortlich-kindisch urteilten die Größen, die uns in die Niederlage führten und die jetzt zur Strafe deutschmonarchistische Parteigänger sein müssen.

Der deutschnationale Vertrauensbruch.

Die deutschnationale Presse, die unter Vertrauensbruch den Text des Bismarck-Abkommens veröffentlichte, wendet sich gegen uns, weil wir ihr Verhalten gebührend kennzeichneten, mit verlegenen Schimpfereien, auf die einzugehen nicht lohnt. Sachlich behauptet sie, das Schriftstück, das dem Auswärtigen Ausschuss vertraulich vorgelegt wurde, nicht von deutschnationalen Abgeordneten erhalten zu haben. Wir nehmen von dieser die deutschnationalen Abgeordneten entlassenden Erklärung Akt. Unser Urteil über die deutschnationalen Blätter, die das vertrauliche Schriftstück veröffentlichten, wird dadurch nicht um ein Jota geändert.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Nach dem Beschluß des Kassenrates des Preussischen Landtages soll in dieser Woche der Landwirtschaftsetat in zweiter Lesung beraten werden, hierauf der Gültigkeits- und der Domänenetat. Am Mittwoch soll die Große Anfrage über die Weichselgrenze auf die Tagesordnung gesetzt werden. Am Schluß dieser oder am Anfang nächster Woche will man die Interpellation über die Studienanstalt in Groß-Lichterfeld zur Beratung stellen. Die Osterferien sollen am 7. April beginnen und sich für die Plenarsitzungen bis zum 2. Mai ausdehnen. Die Ausschusssitzungen sollen schon eine Woche früher wieder aufgenommen werden.

Ohne Debatte und einstimmig in allen drei Lesungen wurde gestern im Landtag eine Änderung des Gesetzes über die Bildung von Groß-Berlin angenommen. Danach kann durch Orts-gesetz bestimmt werden, daß den ehrenamtlich tätigen Bürgern freie Fahrt innerhalb des Stadtgebietes und eine Dienstauf-wandentschädigung gewährt werden kann. Hierauf wurde der Gesetzesentwurf in zweiter Lesung bewilligt. Im Verlauf der Debatte wandte sich Grotzke gegen die Spekulationen auf dem Holzmarkt. Es ist selbst zu betauern, daß die Regierung sich unserem Antrage gegenüber ablehnend verhält, der verlangt, daß bei Reparationen einer Gemeinde der Zuschlag zu geben ist vor privaten Bauern, wenn der gebotene Pachtpreis nicht wesentlich geringer ist, und die Gemeinde die volle Erfüllung des Pachtpreises gewährleistet. Die allgemeine Notlage zwingt uns dazu, den Gemeindefiskus voranzustellen und die Sozialisierung der Privatforste kräftiger zu betonen. Den

Armenverbänden sollte aus den Staatsforsten Holz zu Vorzugspreisen zur Verfügung gestellt werden. Um 5 1/2 Uhr war die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet heute um 12 Uhr statt. (Weiterberatung, Kleine Vorlagen.)

Der wildgewordene Maurenbrecher.

In der „Deutschen Zeitung“ fährt Max Maurenbrecher fort, den rasenden Hatz zu spielen. Er, der den Deutschnationalen Vorwürfe macht, weil sie im Reichstag keine kommunistischen Rüpelszenen aufgeführt haben, zeigt jetzt, wie es gemacht werden muß. Furchtbar stößt er in die Darmtrompete:

Noch ist es Zeit... Von der Regierung Birth ist nichts zu erwarten. Sie wird halb ablehnen, halb zulassen; die Entscheidungskommission wird sie vor ein Ultimatum stellen; und dann wird sie umfallen. Wenn das Ultimatum erst da ist, ist es für eine Volksbewegung zu spät!

Jetzt muß gehandelt werden, eher heute als morgen.

Jetzt müssen die Massen in Fluß kommen!

Jetzt müssen die Parteivereine und nationalen Verbände Massen-versammlungen für kommenden Sonntag austragen. Jetzt muß innerhalb acht Tagen eine Bewegung durchs Land gehen, wie einst, als die Auslieferung deutscher Offiziere und Soldaten gefordert ward. Jetzt muß die Provinz sich erheben und über den Kopf aller Berliner Bedenklichkeiten hinweg aus allen Parteien heraus eine gewaltige Welle emporbringen. Die Parteien werden schon folgen, wenn sie sehen, daß es den Wählern ernst ist.

Max Maurenbrecher, der hier so ungeheuren Mut prouffiert, sollte sich ein warnendes Beispiel an seinem pastoralen Berufscollegen und Mitrenegaten Traub nehmen. Der hat auch einst in der Presse furchtbare Fanfaren angestimmt. Als dann aber das Kapperle-Theater in Berlin anging, lief er nach dem Zeugnis seiner eigenen Freunde „wie ein verängstigtes Huhn“ in der Reichstanzlei umher. So könnte es am Ende dem heldischen Maurenbrecher auch ergehen...

Reformen bei der Reichsbahn.

Die Eisenbahnhauptwerkstätten sollen von der Betriebsverwaltung getrennt und als Einzelbetriebe geleitet werden. Der gesamte Werksbetrieb soll nach den Grundsätzen wissenschaftlicher Betriebsführung umgestellt werden. Die Ausbesserungen — bisher handwerksmäßig betrieben — sollen fabrikmäßig vorgenommen werden. Zu diesem Zwecke soll ein Vorrat- und Austauschbau, eine Sonderung der Fertigungsarbeiten und eine Normalisierung und Typisierung der Fahrzeuge eingeführt werden. Die Ausbesserung der einzelnen Fahrzeugteile soll in Zukunft ganz allgemein für die gleichen und baurelevanten Fahrzeuggruppen stattfinden, während bisher das reparaturbedürftige Fahrzeug als Einzelwesen behandelt wurde. Die Sonderung in der Fertigung besteht in der Sonderung der Fahrzeuge und Fahrzeuggruppen bei der Zumeisung an die Unterhaltungswerkstätten in der Sonderung in der Werkstatt selbst, damit die Ausbesserungsgruppen und Einzelarbeiter möglichst zu Spezialisten entwickelt werden und in der Sonderung in der Werkstatt, wodurch alle gleichartigen Arbeiten in der Werkstatt weitgehend spezialisiert und beschleunigt fertiggestellt werden können. Die Neorganisierung des Werkstättenbetriebes erfolgt unter Mitwirkung der Industrie, der Beamten und Arbeiter.

Die kameralistische Buchführung ist bereits durch die doppelte Buchführung ersetzt worden. Außerdem wurde die Selbstkostenberechnung eingeführt, die die Ausbesserungswerte in die Lage versetzt, ihre Arbeiten zu festen Preisen zu übernehmen, während die Betriebsverwaltung ihrerseits richtige Vorschläge für die Unterhaltung ihrer Fahrzeuge aufstellen kann. Die Ausbesserungswerte sollen aus dem Rahmen der einzelnen Betriebsverwaltung herausgenommen und in gleichartigen Betriebsbezirken liegenden Ausbesserungswerke in besonderen Abteilungen zusammengefaßt werden. Die oberste Betriebsführung bleibt dem Reichsverkehrsministerium vorbehalten.

Gegen die Kleinstaaterei.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Hofmann (Thüringen), Rappler und Frau Eichler haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Ob der Reichsregierung bekannt, daß Bestrebungen bestehen, von den durch Reichsgesetz vom 1. Mai 1920 zu einem Gesamtklaute vereinigten sieben Thüringer Kleinstaatlein Teile abzusprennen und den Nachbarstaaten Preußen und Bayern anzugliedern? Gedacht die Reichsregierung ihren Einfluß bei den genannten Landesregierungen geltend zu machen, um diesen abzulegen, solche separatistischen Bewegungen weder zu begünstigen noch zu ermuntern, da diese geeignet sind, die ohnehin mangelhaften Bauarbeiten der Thüringischen Staatsregierung unnötig zu schweren?

Das Saarparlament.

Paris, 27. März. (ED.) Journal des Debats meldet, daß der Völkerbundrat die Lage des Saargebietes prüft. Der Rat gab Kenntnis von der jüngsten Verordnung der Regierungskommission, durch die ein engeres Verhältnis zwischen der Regierungskommission und der Bevölkerung geschaffen werden soll. Diese Verordnung sieht die Schaffung zweier Organe vor, eines beratenden und eines Studienkomitees. Das beratende Komitee besteht aus 30 von der Regierung zu wählenden Mitgliedern, die dem Saargebiet entstammen. Die Regierungskommission wird bei jedem Bescheid und bei jeder Steuer die Ansicht des Komitees hören, außer in Zollfragen. Das Studienkomitee wird aus einer Anzahl von Sachverständigen zusammengesetzt sein, die von der Regierungskommission ernannt werden, und deren Gutachten von der Regierung eingefordert werden kann. Der Völkerbundrat hat die Regierungskommission zu dieser Verordnung beglückwünscht; er gab der Kommission außerdem die Zustimmung, daß ihr Mandat noch zweimal erneuert wird, das heißt bis 1925, wodurch ihr eine forsakausende Tätigkeit ermöglicht wird.

Die Bewohner des Saargebietes hatten beim Völkerbund die Schaffung eines aus freien Wahlen hervorgehenden Parlaments beantragt. Die Antwort der Saarregierung liegt in diesen beiden Institutionen vor; sie ist eine Parodie auf die Wünsche der Saarbewohner.

Schanzer in London.

London, 27. März. (MIB.) Der italienische Außenminister Schanzer ist in London angelangt. Er sollte heute nachmittags um 5 Uhr mit Lord George zusammentreffen. Schanzer hatte vorher eine Audienz beim Könige und empfing darauf die italienischen Sachverständigen, die an der Londoner Konferenz teilnehmen. Der italienische Außenminister beabsichtigt, heute abend die Rückreise nach Rom anzutreten.

Der Prager Kommunienprozeß. Wie die Prager Blätter melden, wurden in dem Prozeß gegen die Kommunisten wegen der Blätterungen im Reiziger Bezirk im Januar 1921 neun Angeklagte bedingungslos zu sechs Wochen bis achtzehn Monaten, 34 Angeklagte bedingt zu 14 Tagen bis drei Monaten Arrest verurteilt. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen zwei Angeklagte ist das Verfahren schon früher eingestellt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Erwerbslosigkeit Ende Februar.

Die Zahl der unterstützten Vorkerwerbslosen im Reich zu Ende Februar betrug 209 000, d. h. rund 10 000 mehr als zu Ende Januar. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die männlichen Erwerbslosen, während die Zahl der weiblichen noch eine geringfügige Abnahme aufweist. Die Zahl der Zuschlagsempfänger — d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vorkerwerbsloser — ist im Februar von 279 000 auf 262 000 gesunken. Den Hauptanlass für diese ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat der Eisenbahnstreik mit seinen mannigfachen Nachwirkungen gebildet. Doch hat die milde Witterung in der zweiten Hälfte des Februar günstige Gegenwirkungen ausgeübt und im März ist nach den bisher vorliegenden Meldungen mit einer Abnahme der Erwerbslosenzahl zu rechnen.

Um den Bezirksauschuss bei der O.P.D. Berlin.

Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten (Bezirksgewerkschaft Berlin) hielt am Freitagabend im „Deutschen Hof“ eine gut besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: „Bezirksauschusswahl“.

Auf Anordnung des Reichspostministeriums vom 6. Dezember 1918 sind die Beamten aufgefordert worden, zu ihrer Vertretung bei der Oberpostdirektion Berlin einen Ausschuss zu wählen. Der Ausschuss wurde gewählt, doch seine Tätigkeit hat wenig Anerkennung, sondern große Unzufriedenheit hervorgerufen. Wie der Referent, Postassistent Linke berichtete, hat der Bezirksauschuss bereits am 7. November v. J. abgedankt und einen Wahlausschuss mit Vornahme der Neuwahlen betraut. Der Wahlausschuss versagte jedoch, weshalb die Bezirksgewerkschaft als einzige Interessensvertretung die Wahl einleitete und durchführte.

Schon bei Ankündigung der Neuwahl wurden der Reichsgewerkschaft Schwierigkeiten bereitet, indem die Anbringung der Aufforderung zur Wahl in den Postämtern unterjagt wurde. In einem Schreiben des Oberpostdirektors wurde erklärt, es sei nur ein Teil des alten Ausschusses zurückzutreten, der andere aber über sein Amt noch weiter aus. Die Neuwahl ist kürzlich erfolgt. Nunmehr wird der Vorwurf erhoben, daß die Beamtenchaft keine Gelegenheit gehabt habe, Einspruch gegen die Wahl zu erheben. Der Referent wies diese Behauptung zurück und hob hervor, daß nur eine Liste eingereicht war, mithin kein Widerspruch gegen die Wahl bestanden habe.

Das Ersuchen der Gewerkschaftsleitung um eine Unterbrechung wurde vom O.P.D. abgelehnt. Ein an den Herrn Postminister gerichtetes Schreiben mit dem gleichen Verlangen ist nicht angekommen. Die zur Versammlung eingeladenen Spitzenorganisationen waren nicht erschienen. Der Referent schloß mit der Erklärung, daß die Leitung der Gewerkschaft sich nicht bewußt sei, etwas Unrechtes beantragen zu haben. Der neue Beamtenauschuss sei zu Recht gewählt. Seine Ausführungen wurden lebhaft durch zustimmende Rufe und Beifall bekräftigt.

Die Disziplinardredner nahmen überwiegend den Standpunkt des Referenten ein. Es wurde erwähnt, daß heute eine Konferenz des Beamtenbeirats mit dem Reichspostminister in der Angelegenheit stattfindend sei.

Oberpostsekretär Darr erklärte unter lautem Gelächter und ironischem Beifall der Versammlung, daß der neu gewählte Ausschuss nicht anerkannt werden könne. Die Wahl sei nicht demokratisch vollzogen. (Zurufe.) Präsident Gehle habe gar nicht anders handeln können. Er konnte sich doch nicht in einen Gegenstand zu dem Minister legen. (Zurufe: Ist das demokratisch?)

Reichstagsabgeordneter Hoffmann wandte sich gegen den Vordrucker, der den alten patriarchalischen Standpunkt vertrete, von dem man sagen könne: Es war einmal! Die neue Zeit habe auch den Beamten demokratische Rechte zugebilligt. Wir brauchen ein freies Beamtentum, das selbstschöpferisch in die Verwaltung mit eingreift. (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung schloß mit der Annahme von zwei Resolutionen, die gegen das Verhalten des Postministers und des Präsidenten der O.P.D. scharfen Protest erheben, die Forderung des Präsidenten fordern und die von der Reichsgewerkschaft geleitete Neuwahl des Bezirksauschusses grundsätzlich billigen. Sie erwarten ferner, daß der Beamtenbeirat in der Konferenz beim Postminister die Anerkennung des gewählten Bezirksauschusses zur Bedingung machen wird.

Zusammenfassung der Gewerkschaftsbibliotheken.

In einer von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufenen Versammlung der Gewerkschaftsbibliothekare im Gewerkschaftshaus wurde festgestellt, daß der Gedanke der Zusammenfassung der einzelnen Gewerkschaftsbibliotheken in den Großstädten und ihrer Dezentralisation mehr und mehr Anklang findet. Ueber eine Bibliothek verfügen bereits 643 Ortsauschüsse.

Jakobien unterbreitete der Versammlung ein Programm, in dem Richtlinien für eine erspriechliche weitere Entwicklung des

Bibliothekwesens gegeben sind. Es soll eine Zentralkartei zur besseren Verfolgung der bestehenden Bibliotheken und zur Einrichtung neuer geschaffen werden und die Heranziehung geschulter Bibliothekare erfolgen, bzw. die Ausbildung solcher.

Nach der Begründung aller Punkte des reichhaltigen Programms von Jakobien fand eine längere Aussprache statt, an der sich mehrere Redner beteiligten. Um breiter erklärte, daß man sich mit dem vorliegenden Programm im allgemeinen wohl einverstanden erklären könne, und daß sich auch der Wunsch auf abhaltung einer Konferenz aller Gewerkschaftsbibliothekare Deutschlands verwirklichen lassen werde. Da die Literaturbeilage des Korrespondenzblattes den Zwecken der Gewerkschaftsbibliotheken dienlich gemacht werden könne, sei eine Frage, die überlegt werden müsse. Das Programm soll im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht werden.

Ein Kursus für Schichtarbeiter.

„Der Betriebsrat, seine Bedeutung und seine Aufgaben“, beginnt heute im Saal 2 des Gewerkschaftshauses für Kollegen, die in dieser Woche Nachmittagschicht haben, findet der Unterricht vormittags von 10—12 Uhr statt, für Kollegen, die Vormittagschicht haben, nachmittags von 3 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{1}{2}$ Uhr. Hörsalarten zum Preis von 5 M. sind im Bureau der Schule erhältlich. Auch kann die Anmeldung direkt im Kurzus erfolgen.

Betriebsrätschule der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Zu all.

Daß auch für die Arbeiter der Stadt Berlin nicht bis ins späte Alter geforgt wird, geht daraus hervor, daß sie von den Verwaltungen rundweg entlassen werden, wenn sie zu alt sind. In der Handwerkerlehre, Andreasstraße, sind zwei Reinigungsfrauen deshalb entlassen worden. Eine davon, Frau D., ist 18 $\frac{1}{2}$ Jahre lang beschäftigt, die andere, Frau N., 15 $\frac{1}{2}$ Jahre.

Nach Unterhandlungen mit der Deputation für das Schulwesen, Abteilung 3, erging die Antwort, daß es bei der Kündigung (Entlassung) bleibe muß, da die Frau, die 18 $\frac{1}{2}$ Jahre beschäftigt ist, bei ihrer Einstellung das 50. Lebensjahr überschritten hatte.

Beide Frauen haben bisher zu keiner Klage Veranlassung gegeben, auch sind alle anderen Frauen im Betriebe dienstfähig. Es wäre in der Tat recht rücksichtslos, solche alten erprobten Arbeiterinnen dem Elend zu überantworten, wenn nicht weiter gegen sie vorliegt, als daß sie alt geworden sind. Die Sparsamkeit scheint hier am verkehrten Ende angefangen zu werden.

Lohnbewegung der Klavierarbeiter.

Nachdem die übrigen Gruppen der Musikinstrumentenindustrie bereits Forderungen für April aufgestellt hatten, nahmen die Klavierarbeiter in einer überfüllten Versammlung in den „Andreas-Festhallen“ gleichfalls hierzu Stellung. Die Klavierarbeiter haben viel nachzuholen, um mit ihrem Lohn in die Reihe der anderen Branchen der Musikinstrumentenindustrie zu kommen. Bessere haben sich bei ihren Forderungen Beschränkung auferlegt, um den Klavierarbeitern ein Nachkommen zu ermöglichen, so daß die pneumatische Branche zu einem Durchschnittslohn von 19,85 M. nur 30 Proz., die Pianomechanik- und Klavierbauindustrie zu 17,75 M. Durchschnittslohn 45 Proz. forderten.

Aus den Betrieben lagen eine Anzahl Anträge vor, die eine Lohnerhöhung von 70 bis 80 Proz. als unbedingt notwendig erachteten. Die Antragsteller schürzten bei Begründung ihrer Anträge unter stürmischem Beifall die erdrückenden Lasten und Schwierigkeiten der Arbeiterchaft im Gegensatz zu den Riesengewinnen der Klavierindustriellen, die bei der fabelhaften Konjunktur eingeheimst werden.

Der Vorschlag der Branchenkommission, den Kollege Dorn begründete, eine Erhöhung der Löhne um 60 Proz. zu fordern, stieß auf alleseitigen Widerspruch. Nach äußerst heftiger Diskussion wurde der Antrag mit knapper Mehrheit angenommen. Dringend wurde schnellste Förderung der Verhandlungen gewünscht.

Mit großer Mehrheit wurde dann eine Resolution angenommen, die scharfsten Protest einleitet gegen die Rachejustiz der Sozialregierung Russlands und sofortige Freilassung der verhafteten sozialrevolutionären Führer forderte.

Die Sitzung der Branchenkommission fällt der schwebenden Verhandlungen wegen am Dienstag aus.

Handelskassensarbeiter der Engros-Konfektion.

Die am 24. März stattgefundenen Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Berliner Bekleidungs-Industrieller führten zu einer Verständigung, wonach an Stelle einer Teuerungszulage für den Monat März, ein ab 17. März geltendes erhöhtes Lohnabkommen vereinbart wurde, mit dem Höchstlohn für Verheiratete von 725 M. pro Woche.

Tarifverträge sind im Gewerkschaftshaus, Zimmer 81, erhältlich. Deutscher Transportarbeiter-Verband — Bezirk Groß-Berlin — Sektion I (Kassensarbeiter).

Lohnbewegung in der Binnenschifffahrt.

Nach dem Besten wird uns geschrieben:

Die zwischen den Organisationen abgeschlossenen Tarifverträge in der Binnenschifffahrt des Rheins und den westdeutschen Kanälen sind von den Arbeitgebern zum 1. April gekündigt worden. Die Kündigung ist deshalb erfolgt, weil man längst darauf bedacht ist, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen. Bis jetzt gelang es den Unternehmern nicht, diese Versuche zu verwirklichen. Die beteiligten Organisationen fordern Lohnhöhungen und sonstige Verbesserungen der Tarifverträge, die Binnenschiffer kämpfen seit Jahren um die vollständige Einführung der Sonn- und Feiertagsruhe, da es für sie nur zwei freie Sonntage im Monat gibt! Selbst eine prozentuale Lohnzulage wird für die Sonn- und Feiertagsarbeit nicht gezahlt. Der Achttundentag ist den Binnenschiffern unbekannt. Bei dem Laden und Löschen in den Häfen müssen sie mitunter Arbeitsleistungen bewältigen, die den Achttundentag um das Drei- und Vierfache übersteigen. Dies kommt besonders in den Häfen vor, wo mit zwei und drei Schichten geladen und gelöscht wird. Während der ganzen Lade- und Löscharbeit muß das Schiffspersonal zur Verfügung stehen.

Die Tarifkündigung durch den Arbeitgeberverband und die damit verbundene Absicht der weiteren Arbeitszeitverlängerung hat naturgemäß unter dem Personal eine große Erregung ausgelöst. In den Versammlungen ging es teilweise sehr stürmisch her. Als richtige Antwort auf die Proklamation des Arbeitgeberverbandes wurde beschlossen, die Verbandsbeiträge zu erhöhen, um dafür zu sorgen, daß für eventuelle Kämpfe finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Als Organisationen kommen der Deutsche Verkehrsverband und der Zentralverband der Heizer und Maschinenisten in Frage.

Wenn bei den bevorstehenden Verhandlungen die Arbeitgeber nicht von ihrer Absicht ablassen, die Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen, so ist ganz bestimmt damit zu rechnen, daß es zum Kampfe kommen muß. Daß dieser Kampf nicht nur für die deutsche Volkswirtschaft außerordentliche Wirkungen nach sich ziehen wird, sondern auch für unsere Außenpolitik, liegt für den Kenner der Verhältnisse auf der Hand.

SPD-Buchhändler, Flittwoch nachm. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Henning, Alexandrinenstr. 44, Versammlung der Vertrauenspersonen, Betriebsräte und Delegierten zur Generalversammlung. Es soll zu den Delegiertenwahlen zum Verbandstagen und Gewerkschaftstagen Stellung genommen werden. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir um pünktliches Erscheinen.

Der Aktionsausschuss.

Eine Arbeitsanstellung bei der Firma Moerl, Karosseriebetrieb, Greifswalder Str. 141, ist durch ungerechtfertigte Entlassung eines Arbeiters und durch das pronozierende Auftreten der Borarbeiter in der Stellmacherei veranlaßt worden.

Den Betriebsleiter beliebe es, dauernd ihm nicht genehme Kollegen aufs Pflaster zu werfen. Trotz guten Geschäftsganges wollte die Firma nur 60 Proz. der zurzeit Streikenden wieder einstellen. Auf Schleichwegen versuchte der Betriebsleiter Ludow, Streikarbeit bei anderen Werkstätten beschaffen zu lassen. Am 18. März 1922, abends 9 Uhr, wurde ein Auto unter Begleitung von zwei Schupobeamten und des Betriebsleiters fortgeschafft. Ein Streikender, der per Rad nachhaken wollte, mochte das Auto gebracht wurde, ist durch Schupobeamte daran verhindert worden.

Hat die Polizei nichts Besseres zu tun? Sie könnte z. B. darauf achten, daß die Einzahlung des Achttundentages bei dem Schweißmeister Breuh, Liebenwalder Straße, erfolgt; denn hier werden dauernd Heberstunden und Sonntagsarbeit geleistet, nur um die Streikarbeit zu bewältigen.

Wir bitten alle Arbeiter, darauf Obacht zu geben, daß für die Firma Moerl in den einzelnen Karosseriebetrieben und anderen einschlägigen Firmen Streikarbeiten nicht verrichtet werden.

Die tschechoslowakischen Glasindustriellen haben die Belohnung der Arbeiter, die Arbeit unter den von den Arbeitgebern diktierten Bedingungen wieder aufzunehmen, mit dem Beschlusse beantwortet, in allen Glasfabriken die Gläser zu töpfen. Bei den hohen Preisen für Heilmaterial ist das ein Luxus auf Kosten des Gemeinwohls, den die Regierung verhindern möchte.

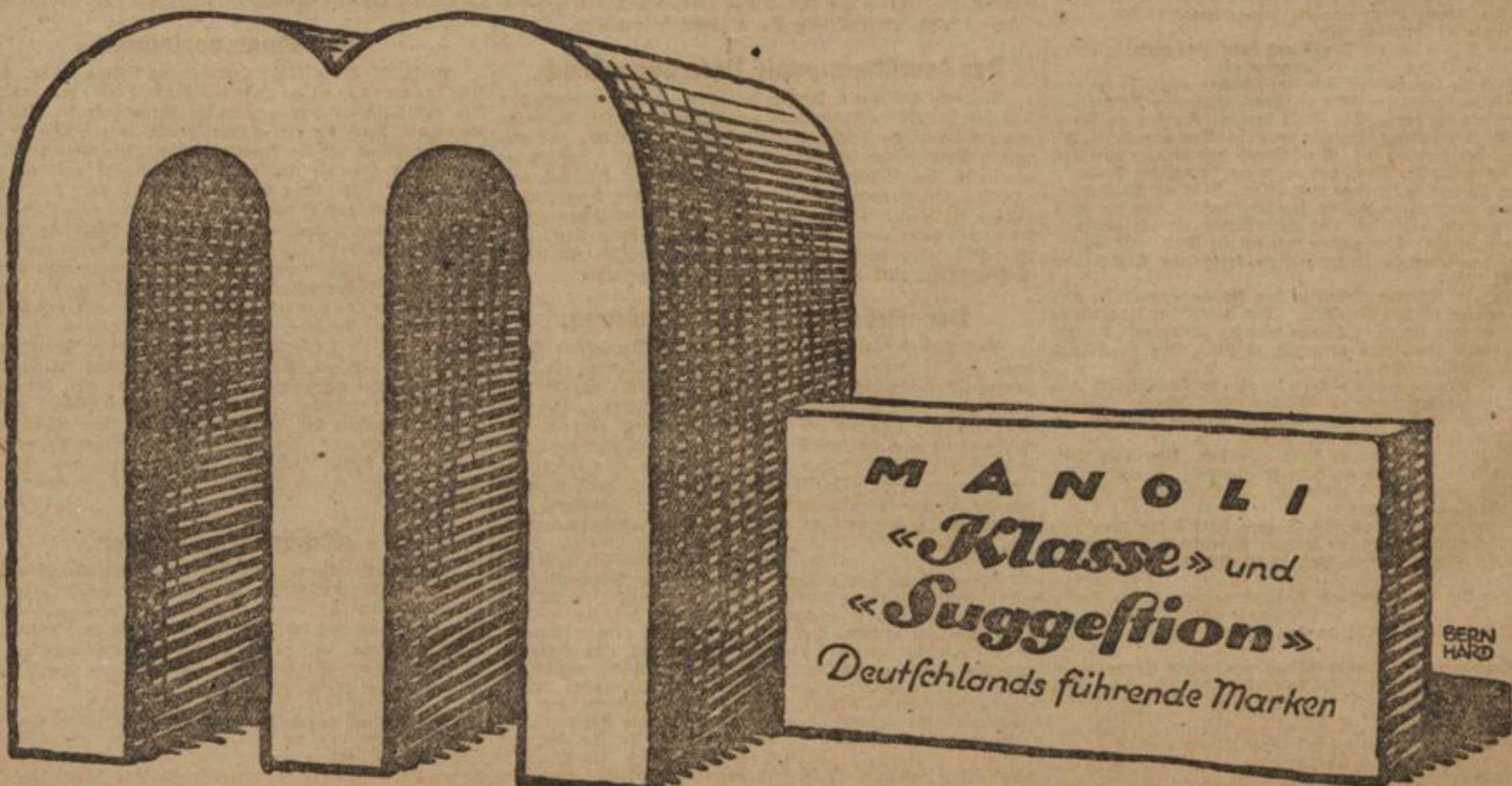
Band der technischen Wochenschriften und Zeitschriften, Offentl. Bibliothek, Versammlung in Haverlands Festhallen, Neue Friedrichstr. 25, am Dienstag abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Thema: Teuerung, steigende Löhne und Subventionsfragen. — Fachversammlungen: Rotenburger, Haverlands Festhallen, Neue Friedrichstr. 25, am Donnerstag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutscher Transportarbeiterverband, Weichen- und Eisenbetriebe, Verwaltungsbehörden und Arbeitsorganisationen, Dienstag abend 7 Uhr in den Festhallen „Alt-Berlin“, Blumenstr. 16, Ballversammlung. Bericht über die neuen Lohnverhandlungen. — Sonntags- u. Feiertags- u. Sonntagsfeierlichkeiten am Mittwoch abend 7 Uhr im Hof von Trauer, Wilschützstraße 29a, Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen.

Quadranten! Im Mittwoch nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr findet in den Festhallen, Alte Jakobstr. 22, eine Versammlung aller in Buchdruckereien Beschäftigten statt. Formulare über das neue Lohnabkommen werden dort ausgeben. Die Branchenleitung.

(Siehe auch den Einzelteil.)

Verantwortl. für den Text: Franz Rißke, Berlin-Lichterfelde; für die Zeichnungen: Ed. Glöck, Berlin. Verlag: Deutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sloppe u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, Quartier 1, Berlin.



Billige Berliner Futterkrippen.

Wie der Minderbemittelte sich durch die Zeit hilft.

Längst ist für Gaumen und Magen alles wieder da. In unserer rasklebigen Zeit hat man die Kasteien während der Kriegszeit fast schon vergessen. Marktstellen, Schlächterläden, Delikatessenhandlungen zeigen die verlockendsten Auslagen. Vieles ist selbst für Hunderttausende, die Arbeit haben, nur zum Ansehen. Die phantastischen Lokala- und Schieberpreise reizen oft die Lachmuskeln. Nirgends nur Arbeitslose trifft wochenlang das Los des Hungerns und der Jagd nach einem Stück Brot oder einem „warmen Poffestiel“. Auch in geordneten Haushaltungen wird die Sorge um die Herstellung eines halbwegs guten Mittagessens immer größer. Wir haben einen Rundgang angetreten durch die bekanntesten Stellen, wo Kollektende oder nicht übermäßig hoch Besoldete, zum Teil mit Unterstützung aus öffentlichen oder privaten Mitteln zu billiger Ernährung gelangen können.

Kantinen speisung.

Die Verhältnisse haben auch das Kantinenwesen stark beeinflusst. Viele Industriewerke, Warenhäuser, Bankhäuser usw., die früher der Arbeiter- und Angestelltenpeisung in ihren Betrieben abgesehen waren, haben sie, zwischen unter dem Druck der Organisation, eingeführt oder zeitgemäß verbessert. Fast überall sind Zuschüsse nötig, um eine billige Massenpeisung und größere Beteiligung zu ermöglichen. Wären die Preise, die je nach dem Einkauf, der Konjunktur und der Größe des Werks zwischen 4—8 M. für die Mittagsmahlzeit schwanken, nicht billig, so würden viele der Arbeiter und Angestellten den Weg nach Hause vorziehen. Der Unternehmer kommt aber trotzdem zu seinem Vorteil, weil er sich das Personal durch Ersparnis der Abhebung in der kurzen Mittagspause frischer und leistungsfähiger erhält. In verschiedenen großen Warenhäusern haben deshalb die Angestellten schon vor dem Kriege Gelegenheit gehabt, sich in besonderen Räumen nach dem Essen auf Liegestühlen, die mit Kissen und Decken ausgestattet sind, auszuruhen. Bezeichnend ist an allen diesen Stellen die Beteiligung auch vieler Beschäftigten in gehobener Stellung an der Speisung. Der Zutritt wächst namentlich neuerdings, wie allenthalben erklärt wurde, infolge der Verteuerung der Verkehrsmittel. Das Fahrgehalt hin und zurück deckt schon die Hälfte oder gar mehr des Kostenaufwands für das Essen. Deshalb bringen auch immer mehr Arbeiter und Angestellte sich das zu Hause bereitete Essen mit und wärmen es an der Arbeitsstelle.

Studentenspeisung.

Welche Not unter wenig bemittelten Studenten herrscht, ist oft genug geschildert worden. Zahlreiche der jungen Leute verdienen sich neben ihrem Studium zu allen möglichen Arbeiten, um das Leben zu fristen und das Studium nicht gänzlich aufgeben oder ein Jahr zurückstellen zu müssen. Geringfügigerweise ist durch die Organisation „Studentenhilfe“ neben anderen Bedürfnissen auch für Massenpeisung Studierender gesorgt worden. Im Hospitz des Nordens in der Borfigstraße 5 speisen täglich etwa 500 Studenten zu Mittag und mehrere Hundert auch abends. Der Preis ist für das reichliche Mittagessen mit täglicher Fleischgabe nur 1,50 M. Sonst nur 3 M. bezahlen 200 besonders bedürftige Studenten. Für 150 Studenten wird der Zutritt durch die „Europahilfe“, für 50 durch die Magnus-Stiftung gestiftet. Für das warme Abendessen sind 4 M. zu bezahlen. Eine zweite Studentenspeisung in noch größerem Umfang, mit starken Schwankungen für 300 bis 1100 Köpfe täglich, findet in der Frierichstr. 107, Kaserne des ehemaligen 2. Garderegiments, statt. Hierher wird aus der städtischen Zentralküche in der Tredowstraße für die gleichen Preise wie für die übrigen Teilnehmer der Volksspeisung geliefert. Studenten, die 5 M. bezahlen, erhalten wöchentlich fünfmal Fleischbeigabe. Die Zuschüsse werden teils von der Stadt Berlin, teils von akademischen Hilfsorganisationen gestiftet. Alle Semester, heute längst in Amt und Würden, aber einst auch mit schmalem väterlichen Monatslohn bedacht, erinnern sich noch mit Freuden des Studentenlebens von „Walter Bindemann“ in der Marienstrasse. Wie oft sagte der Marienfreund Bindemann zu einem Trübsal blasenden Bruder Studio: „Na, mein Junge, dir sehe ich's an der Nasenspitze an, daß du kein Geld und noch Hunger hast. Sey nach, die Küche und laß dir noch einen Pott voll geben!“ Recht viele solcher Bindemanns könnten die notleidenden Studenten heute brauchen.

Die städtische Volksspeisung.

Vom Vorstand der Registrarsabteilung für Volksspeisung wurde in entgegenkommendster Weise alle gewünschte Auskunft erteilt. Von den ehemaligen drei Zentralküchen besteht nur noch die in der Markthalle Tredowstraße. Sie hat eigene Speiseräume und versorgt an jedem Wochentage durch Schnellabfuhr von Essentübeln noch 17 andere Ausgabestellen, die sämtlich im alten Berliner Weichbild und meist in Schulgebäuden liegen, liefert außerdem etwa 400 Portionen täglich nach Fabriken und Behörden. Auch unser „Vorwärts“-Betrieb wird für eine Anzahl Genossen, die es gewünscht haben, beliefert. Die ganze Portion kostet 4 M., die halbe 2 M. In der ganzen Portion liefert die Stadt einen Zuschuß von ausnahmslos 2,25 M., was für den nicht üppig geschmückten Stadtsäckel eine monatliche Belastung von über 500 000 M. ausmacht. Dreimal in der Woche wird Fleisch verabfolgt, das durch den „Wolf“ zerleinert und daher in den Speisen wenig sichtbar ist. Die Teilnehmerzahl schwankt aus zahlreichen Ursachen meist sozialer Natur zwischen 8000 bis 12 000 täglich. Darin sind die vorher erwähnten 200—1100 Studenten mit enthalten. Zweidrittel der Gesamtzahl entfallen auf Schulkinder, was die Notwendigkeit der Fortsetzung dieser Art Schulpeisung beweist. So fanden sich in der Woche vom 2. bis 8. Januar täglich im Durchschnitt 5776 Schulkinder ein. Dem Vernehmen nach besteht die Absicht, solche Kinder, welche die Vorpeisung am Vormittag aus der Quäkerpeisung erhalten, an der zweiten Schülerspeisung nicht mehr teilnehmen zu lassen. Zweifellos gibt es aber in Berlin leider noch eine sehr große Anzahl von armen und schwächlichen Kindern, die dann außer der Quäkerpeisung mittags zu Hause kein warmes und reichliches Essen erhalten würden.

Von dem bereits mitgeteilten Beschluß, die Volksspeisung für Erwachsene aus der Zentralküche in der Tredowstraße mit Ende April gänzlich einzustellen, will der Magistrat nicht mehr abgehen. Das ist bedauerlich wegen der Not der Minderarmen, aber schließlich mit der eigenen schweren Finanznot der Stadt Berlin zu verteidigen, wenn der Zuschuß nur für diesen Zweck jährlich 6—7 Millionen M. beträgt. Die Schulpeisung wird fortgesetzt. Besondere öffentliche Speiseanstalten mit je 1 bis 2 Ausgabestellen unterhalten unter anderem Spandau, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg.

„Café Dalles“.

Das ist nicht mehr die Bezeichnung für ein einzelnes bestimmtes Lokal. Alles, was die untersten, aus der Hand in den Mund lebenden Klasse ausnimmt, nennt sich „Café Dalles“ als Sammelname jener Bevölkerung, die oft tagelang nur von gekochten Stücken lebt. Eine dieser sogenannten „Fresskneipen“, in denen man sich vor dem Kriege für 25 Pf. an Erbsen oder dergleichen ketteln konnte, führt nebenbei noch den etwas mystischen Namen „Engel-Polast“. Weil die Zuschüsse von der einen Seite fehlen und der Geschäftsmann verdienen will, ist das Essen nicht gerade billig, aber immer noch wesentlich billiger als in anderen Gassen, wo man für 20 M. nicht satt wird. Wie lesen auf der Speisekarte: Erbsensuppe 2,70 M., Hering mit Kartoffeln 5 M., Bouillonnade 5 M., Beifisch 10 M., Fäulcher Hase 10 M., Schmorbraten 13 M. und als Ganzpreis für 14 M. ein Rumpsteak. Selbst an dieser Stelle haben sich die Preise binnen vier Wochen um ein Drittel erhöht. Manke, der hier einleitet, hat nur 1 M. für einen Topf Kaffee übrig und wartet darauf, daß Mitglieder ein paar Hapen übrig lassen, auf die er sich heißhungerigürzt. Man muß als Sozialdenker auch an solchen Orte über vieles, das abstoßen kann, hinwegsehen und sich nur eins vorhalten: Wieviel Elend es doch noch immer in der Großstadt gibt und wie schwer es vielen Tausenden fällt, sich eine sättigende warme Mittagmahlzeit zu beschaffen.

Das kalte Zimmer.

Die Portierfrau stöhnt: „Kalt hat die Alte (damit ist die Hausbesitzerin gemeint) nicht kriegen können und mit der Braunkohle wird der Kessel nicht heiß. Und morgen, am Sonnabend, wollen sie alle Badewasser haben.“ Der Junggelehrte schreit: „Aber, Frau Müller, wie soll ich es in dem kalten Loch aushalten?“ — „Ja, wenn keine Bricketts mehr

da sind...“ — „Du willst man mal solide sein und da freibt einen die Kälte wieder fort.“ Ad zum Stammtisch.

Der Familienvater in vorwurfsvollem Tone: „Aber, liebe Amanda, heute hältst du doch für ein warmes Zimmer sorgen müssen!“

Ah ja, das kalte Zimmer — es ist die Signatur des Tages. Freilich nicht im Westen, wo die Kokswagen fahren, um die hungrigen Mägen der Zentralheizungen zu speisen, aber in jenen Quartieren, in denen der Kachelofen noch herrscht. Der lange Winter hat die den Familien zu Gebote stehenden Mengen an Heizmaterial ausgezehrt und man ist froh, wenn man noch soviel zusammenkratzen kann, um den Kachelofen in Brand zu setzen. Sonst müßte man gar den Petroleumkocher in Betrieb setzen: kein Vergnügen bei einem Preis von 11,50 M. pro Flasche.

Ehe die Kältemasse des Frühlingsanfangs hereindrückt, schien die Sonne schon so kräftig, daß man den ganzen Tag die Fenster aufhaben konnte, um die Wärme einzufangen. Und da man meist in einem kleinen Spaziergang sein Blut warm gemacht hatte, so spürte man die relative Kälte der Behausung nicht so sehr. Und man hatte die Hoffnung, daß es täglich noch schöner werden müsse — ist doch Frühlingsanfang da.

Nun, diese Hoffnung hat man auch heute noch —, steht man die Nase aus dem Fenster, so konstatiert man ein Abflauen der Kälte. Augenblicklich aber gleichen viele Leute dem sagenhaften Dichter, der in der ungeheizten Dachkammer Gedichte auf den Frühling macht. Nur, daß sie keine Gedichte machen, sondern je nach ihrem Temperament, Sechsbete oder Flüche zum Himmel senden.

100 Prozent Mietzuschlag?

In Ergänzung der bisherigen Meldungen wird jetzt mitgeteilt, daß der Oberpräsident auf Grund einer Anweisung des Volksfahrtsministers gegen den Beschluß des Magistrats über die neuen Pächterzuschläge von 120 bis 180 Prozent Einspruch erhoben und dem Magistrat mitgeteilt hat, daß als neue Mietzuschläge nur folgende Sätze in Frage kommen könnten: Für Mieträume im allgemeinen 100 Prozent; für Räume, die zu gewerblichen Zwecken hergerichtet sind, bei einer Friedensmiete bis zu 2000 M.: 100 Prozent, bei einer Friedensmiete über 2000 bis 5000 M.: 150 Prozent. Diese Sätze gelten nur unter der Bedingung, daß mit ihnen sämtliche jetzigen Ausgaben und laufende (kleinere) Reparaturen abgegolten sind. Der Magistrat wird daher noch vor dem 1. April im Rahmen dieser Sätze neue Beschlässe fassen müssen.

Für Kinder billige Sonntagsfahrten.

Auf der Straßenbahn bis zum 14. Jahre halber Fahrpreis. Im Zusammenhang mit den auch von der Stadt geförderten Verkehrsmitteln, die Bevölkerung Berlins aus dem Innern der Stadt in die wald- und wasserreiche Umgegend und in den Spiel- und Sportplätzen zu befördern, beschloß die städtische Verkehrsdeputation unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Genossen Ritter mit einem Antrag des Verkehrsamtes, angesichts der bevorstehenden Tarifänderung die Fahrpreise der Straßenbahn an Sonn- und Feiertagen für Kinder bis zum 14. Lebensjahr herabzusetzen. Bei den jetzigen Fahrpreisen und mehr noch bei einem Fahrpreis von 3 M. ist es heute kinderreichen Familien ganz unmöglich, mit der Straßenbahn oder einem anderen öffentlichen Verkehrsmittel in die Umgegend Berlins auszufahren. Die Verkehrsdeputation verwarf sich diesen sozialen und volkswirtschaftlichen Wünschen nicht und kam übereinstimmend zu dem Beschluß, einer Herabsetzung des Fahrpreises an Sonn- und Feiertagen für Kinder bis zum 14. Jahre auf die Hälfte grundsätzlich zuzustimmen. Der hierdurch entstehende Einnahmeverlust von etwa 7 Millionen jährlich wird aller Voraussicht nach jedoch zum größten Teil dadurch eingedreht werden können, daß die städtischen Elektrizitätswerke sich bereit erklärt haben, den an Sonn- und Feiertagen geleiteten, ohnehin billigeren Gasstrom um 25 Proz. billiger zu liefern. Wenn diese Veranlassung für Kinder in Kraft tritt, hängt von den endgültigen Beschlüssen des Magistrats und der Stadtverordneten ab. Ferner beschloß die Verkehrsdeputation, den Blinden mehr als bisher dadurch entgegenzukommen, daß nicht nur ihnen, sondern

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Und da oben ist er nicht der Prohbauer im Bärenpelz. Auf Sit, im Lodenanzug streift er durch den Wald, und die Anstrengung und frische Luft tun ihm sehr gut. Er sieht riesige Haufen von Bauholz — und das ist seins. Er hält in seinem Lauf inne und blickt über endlose Hügelketten von Tannenwäldern, schneebedeckt, sonnenbeschienen, — und all diese Hügel und Wälder sind sein.

„Wäre dieser Wägen wenigstens noch ein würdiger Gegner für dich gewesen,“ denkt er, während er auf seinen Stiefel gestützt seinen Reichtum überschaut. „Wenn's Herkommen wäre.“ Aber dieser Kerl war ja ein Bankrotteur. Er beschloß ja nicht einmal den Dösel, mit dem er ab. „Und diesem Jammerlappen willst du zu Seibe, alter Rorbj? Und nicht einmal mit ehelichen Mitteln. Nein, du fällst ihm in den Rücken. Einem solchen Jammerlappen in den Rücken!“ Er hatte die größte Lust, sich selber zu prügeln.

Wieder nach Hause gekommen, hatte er sich erkältet und in der Nacht fieberte er. Er war selber fest davon überzeugt, daß er Nervenleber bekommen und sterben würde — und da lag er und litt Folterqualen wegen der schlechten Tat, die ihn überleben würde.

Und endlich eines schönen Morgens, da dachte er: „Run halt ich's nicht mehr aus!“ Und er entschloß sich, die ganze Last abzumwerfen. — erst zu seiner Frau zu gehen und ihr die Wahrheit zu sagen, — und dann die Sache mit dem Amtmann in Ordnung zu bringen. Jetzt war es entschieden, Gott sei Dank.

Aber als er gerade die Füße vor sich auf den Teppich gesetzt hatte, schaute Marit herein: „Ein Mann ist da, er wartet schon sehr lange auf dich.“

„Poh auf, das ist der Amtmann,“ dachte er, und es lief ihm kalt über den Rücken.

Aber wie er hinunter kam, war es ein alter Rätner, Lars Kleven, der ihn sprechen wollte.

„Komm ins Kontor!“ sagte Rorbj.

Er ärgerte sich, daß er sich von diesem Männchen hatte Angst einjagen lassen und seinetwegen so schnell aufgefunden war.

„Was willst du?“ fragte er und legte sich an den Schreibtisch.

Zu keinem größten Erstaunen kam der Alte ganz nahe heran und setzte sich so, daß er Rorbj gerade ins Gesicht sehen konnte.

„Es ist ein schwerer Gang für mich heute,“ fing der Alte an. „So,“ sagte Rorbj ungeduldig. „Ich muß dich nämlich fragen, Rorbj, — hä — hä!“ — hustete er — „ob du vor unfrem Herrgott diese Sache mit Wangen bedacht hast.“

Rorbj sperrte den Mund auf. Er lehnte sich in seinen Stuhl zurück, blickte den anderen an und sperrte nur noch weiter den Mund auf. Und so elend ihm auch zumute war, er konnte doch nicht anders, als laut loszulachen. Wie so oft, war ihm jetzt, als sei er sein Vater, wie er dasah und dies hörte. Und daß einer solcher Rätner, ein alter Trottel, dem er in seiner Gutmütigkeit da oben das Gnadenbrot gab, — daß so einer herkam und sich einmischen wollte in die Sachen, die er allein mit seinem Herrgott abzumachen — nein, das — das — das! Und Rorbj lachte. Wie eise Lawine kam das, er konnte es nicht aufhalten und brüllte vor Lachen. Der Fußboden zitterte unter dem schweren Mann. Und er wußte schließlich nicht, sollte er dem Jammerkerl eine Krone schenken oder sollte er ihn zur Türe hinauswerfen.

„Was ist los?“ konnte er endlich sagen und versuchte, ernst zu sein.

Aber der alte Mann faltete seine Hände über dem Stod zwischen seinen Knien und fuhr ruhig fort: „Ich will gerne Ruhe haben im Sarge. Aber ich will auch nicht gerne hingehen müssen und gegen dich Zeugnis ablegen, Rorbj.“

„Was?“ Jetzt rückte Rorbj unwillkürlich etwas näher. „Hat dich denn jemand darum gebeten.“

„Ja,“ antwortete der Alte.

„Hat der Wangen dir Tabak geborgt?“

„Unser Herrgott hat mich gebeten.“

„Es entstand von neuem eine Pause. Endlich räusperte sich Rorbj: „Und worüber willst du denn Zeugnis ablegen?“

„Ich begleitete dich damals zur Stadt, Rorbj.“

„Wann?“

„Als du die Bürgerschaft unterschriebst.“ sagte der alte Mann.

Rorbj schloß die Stuhllehne und kniff den Mund zusammen. Sie sahen einander an. Endlich räusperte sich Rorbj. „Du wirst allmählich kindlich,“ sagte er. „Am besten, du gehst jetzt nach Hause und legst dich zu Bett.“ Er stand auf

und ging zum Fenster, aber als sie ihm noch etwas ein, blickte er wieder zu dem Rätner. „Nichtig — wenn du dich bei der Verhandlung sehen lassen solltest, dann laß ich dich für unzurechnungsfähig erklären. Run geh!“

„Geh wohl!“ sagte der andere sanftmütig und trippelte zur Türe. „Ich will ja nur im Sarge meine Ruhe haben,“ sagte er noch einmal und ging vorsichtig hinaus.

Rorbj blieb mit den Händen in den Taschen stehen und sah aus dem Fenster. Es hatte gut getan, endlich einmal wieder lachen zu können. Aber noch besser tat es, einmal auf einen anderen, als nur immer auf sich selber böse sein zu können.

Das fehlte nur noch, daß irgendeiner kam und sich in die Angelegenheit einmischen wollte, die er mit seinem Herrgott abzumachen hatte. So einen vor die Türe zu setzen, war er doch noch Manns genug. Das fehlte nur noch, daß die Leute merkten, daß ihm nicht wohl zumute war! Da war er noch Manns genug, denen was vorzumachen.

Jedenfalls sollte dieses alte Männchen ihn nicht zum Zusammenklappen bringen. Heute gab es kein Beständnis mehr. Jemanden Ausweg konnte sich schon noch finden.

Als sie beim Abendessen saßen, sagte Marit mit einem kleinen Lachen: „Weißt du schon, daß die Witwe da unten von Lidarende angefangen hat, dem Wangen zu helfen?“

„Nein —“ Diese Neugierit stach ihn. Und er sah diese energische Frau mit dem freundlichen Gesicht vor sich, das ihn wie gewöhnlich anlockte; aber mit einem Mal wurde das Gesicht ernst, sie wandte sich ab und ging zu Wangen.

Das fehlte nur noch, daß man in der Gemeinde anfang, an Wangens Schuld zu zweifeln. Wenn alle und jeder weiterhin daran glauben wollte und Rorbj mit dem lieben Gott in Ruhe lassen, dann könnte er auch jetzt noch alles eingestehen. Aber in Ruhe gelassen werden wollte er. Die sollten nur nicht glauben, ihm mit Gewalt beikommen zu können.

Eine gesunde Raubheimgkeit begann sich in ihm zum Widerstand zu regen, sowie jemand sich beikommen ließ, ihn zu reizen. Er konnte den Gedanken an diese Frau nicht loswerden, die zum Wangen ging und helfen wollte. Sie war auf besondrer mit dem Direktor der Volkshochschule, gegen den Rorbj in der Schulstung damals der kürzeren zog. — Dieser Rarr! Und beide sah er ihn in ihrem Besoae, um sich Wangens Partei anzuschließen. Abends, als er im Bette lag, sah er noch mehrere von sich abfallen und zur Gegenpartei übergehen.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Konjunktur und Geldmarkt.

Für die Beurteilung der gegenwärtigen Konjunktur ist ein streng vertrauliches Mundschreiben der „Diskontogesellschaft“ bezeichnend, das von der „Freiheit“ veröffentlicht wird. Hier wird ganz unverblümt zur Zurückhaltung in der Kreditgewährung aufgefordert. Es heißt darin:

„Die starke Steigerung aller Preise, die sich in der letzten Zeit wiederum aufs neue vollzogen hat, zwingt zu gewissen Betrachtungen über die allgemeine Entwicklung, die durch sie ausgelöst wird. Wenn auch Löhne und Gehälter sich dieser Entwicklung im allgemeinen anpassen, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß schließlich einmal eine Grenze erreicht werden kann, an welcher die Kaufkraft weitest Kreise haltmachen könnte. Hierzu tritt der Umstand, daß infolge der fortschreitenden Wertentwertung und der sprunghaften Preissteigerung weite Kreise des Volkes sich in einem Umlauf mit Waren und dergleichen eingebettet haben, daß sie auf lange Zeit hinaus als saturiert betrachtet werden können. Man könnte sich also vorstellen, daß schließlich zwei Gruppen entstehen: die eine, die für lange Zeit versorgt ist und deshalb als Käufer nicht in Frage kommt, und die zweite, die infolge Kaufunfähigkeit nicht mehr in der Lage ist, Käufe vorzunehmen. Hierzu tritt die weitere Gefahr, daß wir, besonders wenn man als die Grundlage aller Preisentwicklung die Rohle betrachtet, die nun wieder eine starke Preissteigerung erfährt, mit unseren Preisen nach und nach an die Weltmarktpreise heranrücken. Diese Erreichung der Weltmarktpreise wird naturgemäß dazu führen, daß der Umfang unseres Exportes langsam beeinträchtigt wird. Eine Einengung des Exportes aber beschwört wiederum die Gefahr herauf, daß auch bei uns nach und nach die Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt wird und sich die Arbeitslosigkeit anderer Staaten auch auf uns überträgt. Dieser Zustand müßte dann an und für sich wieder eine Verschlechterung unserer Währung herbeiführen.“

Wenn im übrigen zurzeit auch keinerlei Anhaltspunkte vorliegen, die die Grundlage einer Marktbesserung bilden könnten, so darf man nicht außer acht lassen, daß schließlich doch einmal unermittelt wieder eine, wenn auch nur aus spekulativen Erwägungen heraus kommende oder durch politische Gestaltungen ausgelöste Besserung der Währung eintritt. Die Gefahren, die in einer herabragenden Entwicklung für die allgemeine Wirtschaft und insbesondere für die Warenpreisentwicklung liegen, sind aus früheren Vorkäufen bekannt. Würde eine derartige Steigerung aber mit den oben angeführten Erscheinungen zusammentreffen, so könnte leicht wieder einmal eine gefährliche Gestaltung unserer ganzen Wirtschaftslage eintreten.

Im Hinblick auf die erheblichen Engagements, welche nach unseren Beobachtungen die meisten Unternehmungen und Handelsfirmen in der letzten Zeit wieder eingegangen sind und die zum Teil ihren Niederschlag in einer starken Beanspruchung der Kredite finden, wollten wir nicht unterlassen, Ihnen die vorstehenden Erwägungen zu unterbreiten, die keinerlei voraussetzungsreichen Charakter tragen, sondern lediglich veranlassen sollen, über die mögliche Entwicklung der Dinge rechtzeitig nachzudenken und solche Erwägungen, die sich auch bei früheren Rückschlüssen als angebracht erwiesen haben, in geeigneter, selbstverständlich außerordentlich vorsichtiger Weise gelegentlich auch der in Betracht kommenden Rundschau gegenüber zur Anwendung zu bringen, damit dieselbe nach beiden Richtungen hin die gebotene Vorsicht nicht außer acht läßt.“

Die Gedankengänge, die hier zum Ausdruck kommen, sind unserer Leserschaft nicht unbekannt. Sie betreffen die Tatsache, daß unsere anscheinend so blühende Wirtschaft auf einem unsicheren Grunde steht, nämlich auf dem fortgesetzten Abstieg der Währung. Wie sehr weiteste Kreise jetzt schon die Inflation als eine Selbstverständlichkeit hinhinnehmen, dafür ist die Tatsache bezeichnend, daß auf der Hauptlandwirtschaftskammer kürzlich Prof. Warmboldt die Forderung aufstellte, man solle in Zeiten der Geldentwertung Sachanlagen schaffen, die sich dann rasch abzahlen lassen. Wäre auch die Landwirtschaft nicht so besessen auf eine Ausnutzung der Geldentwertung in dieser Richtung ein. Auch Warmboldt streift übrigens die Schwierigkeiten, die daraus entstehen könnten, daß sich nach einer Aufnahme von neuem Betriebskapital die Währung plötzlich bessere oder eine Währungsreform einträte. Die Banken haben also ganz recht, wenn sie dem spekulativen Treiben ein Ziel setzen wollen. Denn sie als die Geldgeber der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft werden die ersten Opfer einer Ueberspannung der Kredite sein. Nur kommt diese Einsicht etwas spät, nachdem die Banken bisher alles getan haben, um die Spekulation zu fördern, und in diesem Bestreben so weit gegangen sind, daß sie darüber ihre wichtigste, aber weniger rentable Aufgabe, die Beschaffung von Produktionskrediten zu erträglichen Zinsen, oftmals vernachlässigt haben. So wird auch diese Mahnung weniger ein Zeichen wirtschaftlicher Einsicht als eine Forderung kapitalistischer Selbsterhaltung sein. Das um so mehr, als man noch wie vor dem Geldentwertungs-kreditbesitz für die Produktion in der Bankwelt mit der aus Konkurrenzängsten entspringenden Ublegenheit gegenübersteht.

Devisenkurse. Die gestrige von der Börse berichtete Steigerung der Devisenkurse hielt auch im weiteren Verlaufe an. Nach amtlicher Notierung stieg sich der Dollar auf 338,16 M. gegen 321,17 M. am Sonnabend. Weithin sprunghaft gingen auch die Preise der anderen fremden Zahlungsmittel in die Höhe. Dabei ist aber zu bemerken, daß die Nachfrage auch zu den wesentlich gestiegenen Kursen nicht befriedigt werden konnte. Es mußte viel-

Die Eisernen Internationale ruft!

Im Auftrage des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiter-Bundes richtet dessen Sekretär R. Sig den folgenden Aufruf an die Mitglieder der angeschlossenen Landesorganisationen:

Kameraden! In allen Ländern herrscht Krise und mühsame Reaktion. Krieg, Gewaltfrieden und Völkerverkehr haben die internationalen Verbindungen und den Verkehr zerstört und die Völker an den Rand des Ruins gebracht. Alle Anstrengungen der internationalen Arbeiterkraft, die Nachhabe der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Vernunft zu bringen, sind

an der Raube- und Raubgierde gescheitert.

Unternehmertum und Bourgeoisie machen alle Anstrengungen, alle Kosten ihres grausamen und verheerenden Krieges und des daraus erfolgten Chaos auf die Arbeiterkraft abzumwälzen.

In allen Ländern sind Unternehmertum und Reaktion an der Arbeit, die ohnedies niedrigen Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern, das Mitbestimmungsrecht abzuschaffen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Arbeiter stehen

überall mit dem Kopf in schwerem Ängeln

um ihr wackes Leben. Die Metallarbeiter befinden sich in besonders schweren Kämpfen. Unsere dänischen Brüder wurden schon vor Wochen rüchloslos auf die Straße geworfen und kämpfen trotz Arbeitslosigkeit und dem langen Kampfe, der sich bereits im vorigen Jahre abspielte, mit der größten Aufopferung.

Anfang März wurden die britischen Maschinenbauer vor die Wahl gestellt, sich der Unternehmerwillkür zu fügen oder ausgesperrt zu werden. Die Unternehmer verlangten

nebst gewaltigen Lohnabzügen noch Überstunden

und dies, obwohl Hunderttausende arbeitslos auf der Straße stehen. Ebenso sollten die Ertragschaften, die sich unsere Kollegen während

mehr das knappe Angebot durch Zuteilungen an die Käufer gebracht werden. So wurden Dollars nur zu einem Drittel der angeforderten Mengen, englische Devisen sogar nur zu 25 und skandinavische Devisen sogar nur zu 10 Proz. des geforderten Betrages zugeteilt. Alles stützt sich jetzt auf Devisen, besonders zum Zwecke des Einkaufs fremder Rohstoffe. Infolgedessen gehen, zumal die Geldknappheit nachgelassen hat, auch wieder die Kurse von Dividendenwerten in die Höhe.

Eine neue Bankkonzentration. Die verbreitete folgende Meldung: Zwischen den Bankhäusern Mendelssohn u. Co. in Berlin und Mendelssohn u. Co. in Amsterdam einerseits und der Bayerischen Vereinsbank in München und Nürnberg andererseits sind Vereinbarungen getroffen worden, durch welche ein dauerndes Freundschaftsverhältnis unter den Genannten geschaffen wird. Bei der Bayerischen Vereinsbank hat die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die fortschreitende Konzentrationsbewegung im deutschen Bankgewerbe den Wunsch gezeitigt, mit dem Bankhause Mendelssohn u. Co., das in Bayern keine unmittelbaren Interessen verfolgt, eine Verbindung einzugehen, durch welche der Wirkungsbereich der Bayerischen Vereinsbank erweitert wird, ohne daß ihre Selbstständigkeit in Frage gestellt würde. Sie erwartet von der Kombination mit einem Konzern von internationaler Rang und internationalen Beziehungen, wie ihn die Mendelssohnschen Häuser darstellen, für sich nicht nur eine materielle Unterstützung für das Fortschreiten ihrer Arbeit in den auswärtigen Gebieten, welche mit Deutschland und insbesondere mit Bayern durch die politische Gestaltung vermutlich in engere wirtschaftliche Verbindung kommen werden, sondern auch eine Stärkung in ihrem nach wie vor im Vordergrund stehenden bayerischen Geschäft. Die Bankhäuser Mendelssohn u. Co., Berlin und Amsterdam, aber versprechen sich von der Verbindung mit einer bundesstaatlichen Großbank eine dauernde Stärkung ihres laufenden Geschäftes, die Vermehrung ihrer Beteiligungen, insbesondere an der süddeutschen Industrie, sowie eine günstigere Stellung bei ihren Kapitalgeschäften. Demgemäß wird die Bayerische Vereinsbank der zu Freitag, den 21. April 1923, einzuberufenden Generalversammlung, welche über die Erhöhung des Aktienkapitals auf 375 Millionen Mark zu beschließen haben wird, den Vorschlag unterbreiten, daß zwei Teilhaber des Bankhauses Mendelssohn u. Co. in den Ausschuss der Verwaltung werden und daß beiden Mendelssohnschen Häusern ein größerer Posten von Aktien der Bayerischen Vereinsbank zu dauerndem Besitze überlassen wird. Andererseits wird die Bayerische Vereinsbank in die von den Bankhäusern Mendelssohn u. Co. in Berlin und Amsterdam und Kleinwort, Sons and Co. in London kommanditierter Firma Rug, Bloch u. Co., Wien, als weiterer Kommanditist eintreten; sie wird ferner an der von Mendelssohn u. Co., Amsterdam, und Kleinwort, Sons and Co., London, begründeten Raafschappij Voor Bank — ein Handelsunternehmen in Amsterdam beteiligt werden. Das zwischen der Bayerischen Vereinsbank und den Bankhäusern Mendelssohn u. Co. geschlossene Freundschaftsabkommen wird in seiner Auswirkung auch eine dauernde Förderung des Geschäftes der Firma E. A. Friedmann u. Co. durch die beiden Bankhäuser zur Folge haben.

Der Wiederaufbau der Handelsflotte. Auf dem 9. Deutschen Seeschiffahrtstag schilderte der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Stimming, die Lage der Seeschiffahrt. Es seien bisher 230 Schiffe mit 1,05 Millionen Tonnen Tragfähigkeit wiederhergestellt worden, in Bau befänden sich 230 Schiffe mit 1,25 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Die Entschädigung des Reichs

der Kriegsjahre hindurch erkämpft hatten, wieder abgeholt werden. Auch in Großbritannien verfügten die Unternehmer die Aussperrung, von der bereits einige hunderttausend Maschinenbauer betroffen sind. Der Kampf droht aber auch die übrigen Metallbranchen zu erfassen, wodurch

eine Million Metallarbeiter auf die Straße geworfen werden.

In Ungarn sind unsere Brüder ebenfalls vom schwersten Kampfe bedroht und bereits sind über 10 000 Metallarbeiter ausgesperrt. In Oesterreich, Belgien, Spanien und Frankreich spielen sich schwere Kämpfe ab gegen die Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Auch in Deutschland

sind unsere Kollegen in schwere Kämpfe verwickelt; die durch die fortgesetzte Markenwertung verursachte Teuerung steigt ins Unermessliche und zwingt zu dauernden Lohnkämpfen; während die Unternehmer alles versuchen, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen. In Süddeutschland stehen zurzeit schon 100 000 Metallarbeiter im Kampf, um die versuchten Verschlechterungen und namentlich die Verlängerung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden abzuwehren. Überall ein wildes Wüten der Reaktion.

Kameraden! Metallarbeiter!

Wir rufen Euch zum Kampfe gegen eine frivole Reaktion auf! Unterstützt Eure kämpfenden Kameraden!

Kameraden! Metallarbeiter! Es darf nicht geschehen, daß unsere Brüder infolge mangelnder Mittel ihren Kampf abbrechen müssen. Haltet den Sieg zu sichern. Zeigt dem rachedürstigen Ausbeutertum, daß die Metallarbeiter aller Länder geschlossen zu ihren kämpfenden Brüdern stehen! Ihr Kampf ist auch unser Kampf.

Hoch die internationale Solidarität!

hätte sich auf 12 Milliarden Mark belaufen. Im Mai vorigen Jahres sei aber das Wiederaufbauprogramm auf 16 Milliarden Mark geschätzt worden, und damals habe der Preis für eine Tonne Schiffsbauholz 2000 M. betragen, jetzt aber stehe er sich auf 8300 Mark, und die Tendenz einer sprunghaften Steigerung bestehe weiter. Fast wäre es, wenn die Industrie glaubt, den Stahlpreis dem Weltmarktpreise anpassen zu müssen. (Er hat ihn zeitweilig schon überschritten. Die Red.) Damit muß der Schiffsbau auf deutschen Werften zum Erliegen kommen.

Elch-Isotringische Weine für Deutschland. Die französische Regierung hat auf Grund des Art. 68 des Friedensvertrages für das laufende Jahr (11. Januar 1922 bis 10. Januar 1923) nachstehende Kontingente für die zollfreie Ausfuhr eisäffischer und lothringischer Weine nach Deutschland festgesetzt: 250 000 Hektoliter Weine und Moste aller Art, 150 000 Hektoliter Fruchtweine, 2000 Hektoliter ionische Weine, Vermuth usw., 25 000 Hektoliter Brandweine aller Art und 1 800 000 ganze Flaschen Schaumweine. — Die deutsche Regierung ist verpflichtet, diese Weine auch zollfrei hereinzulassen. So wird dem Volk die Verschleierung seiner Kaufkraft in Weinen direkt aufgehoben und die Auslandspresse entkräftet sich dann über Sekelillarden, die den Reparationen verloren gehen.

Deutsch-russische Industrieausstellung in Moskau? Die russische Regierung demontiert die in Berlin verbreiteten Nachrichten, die Absicht einer deutsch-russischen Ausstellung sei fallen gelassen. Die Ausstellung werde im Juli dieses Jahres in Moskau eröffnet werden. Die Vorbereitungen seien in vollem Gange.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Große Leitungs-Katalog der Mannesmann-Expedition Rudolf Hoff ist nach achtjähriger Unterbrechung wieder erschienen. Doch die Herausgabe dieses Kataloges für das Jahr 1923, wie in seinem Vorwort bemerkt ist, sehr erheblichen Schwierigkeiten begegnet, darüber kann niemand im Zweifel sein, der die wirtschaftlichen Krisen und die ungenügenden Preissteigerungen kennt, die das Leitungs-gewerbe in eine gefährliche, seine Existenz bedrohende Lage brachten. Der in vornehmer Ausstattung als farblicher Band vorliegende Katalog enthält das überflüssig für den Gebrauch des Interessenten geordnete Verzeichnis der Leitungen und Leitungsarten, die für den Interessenten wünschenswert sind.

Ueber wack- und nichtwack- (Inbanchenfarben) bitte man einen interessierten Vertreter des Abteilungsleiters der Herren Tegler-Großhandlung Dr. Dehle im neu eröffneten „Inbanchenhaus“, Potsdamer Str. 10-11, am Haus, dessen Verkaufsstelle von dem Abteilungsleiter Herr Grohmann eine sehr ansehnliche Ausgestaltung erfahren haben, soll dem Betrieb der Tegler-Großhandlung, die nach dem Inbanchenfarbentreiben gestiftet worden sind und durch nicht wenig durch Wasser und Seife nicht angegriffen werden können.

Formamint

Tabletten versüßten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren Schutz vor Ansteckung in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung

Beste Qualität, große Auswahl, Verkauf meterweise G. m. b. H. Gertraudenstraße 20-21.

Brautleute wollen!
Elegante fugenlos
Trauringe
nicht aus einem
sogenanntem Spezialgeschäft, welches unter andern alle möglichen Gegenstände, wie Uhren und Goldwaren führt, oder gar altes Gold usw. aufkauft, sondern aus einem
Spezialgeschäft, welches ausschließlich nur Trauringe fabriziert und an Private liefert.
In Deutschland stehen wir als solches konkurrenzlos da und liefern eigene Erzeugnisse in echt Gold von
120.- Mark
anwärts bis zu den feinsten Ausführungen, in großer Auswahl, direkt vom Lager.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Ausführliche Preisliste gegen Rückporto! Versand nach auswärts gegen Vorweisung des Betrages!
Trauringefabrik G. Albert Thal,
C 19, Seydelstraße 3 (Spittelmarkt).

2-8. APRIL
FRANKFURTER MESSE
AUSKUNFT
MESSE-AMT FRANKFURT AM

BRAND
Pfandscheine
Brillanten, Gold
Silber (Braub) Platin
Zahngelbisse
Zahn 20 bis 350 Mark
Prismen - Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln von ausländisch.
Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kohler, Berlin
Lothringer Str. 21
BRAND

Zähne von 8 M. Teilzahlung. St. Car. Kronen an 18 M., Zahnst. M. Hüngr. u. schmerzlos. Umarb. schlechteste. Geb. Rep. 60f. Zahnarzt Dr. Wolf, Potsd. Str. 35, Hochb.-St. Str. 9-7
H. & P. Uder, SO 16, Engelstraße 11
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
G.A. Hanewacker, Guisq. Landstr., Eichen, Raulino
Oidenkott, Geöffn. 9-2, 3-5 U. Moritzstr. 3014, 13728
Tuchfabrik-Niederlage
H. Lamprecht, Hin.-Tropfow, Bouchestr. 17
Hilft Stoffe für Damen und Herren zu
Gabelgarnen. Große Auswahl in den
modernsten Farben für Umzug und Bekleidung

GARDINEN
Einzelverkauf von Erzeugnissen erster sächsischer Gardinenfabriken
Besonders billige Oster-Angebote!
Feinste Qualitätsware zu ausnahmsweis niedrigen Preisen
Keine Warenknappheit, sondern Riesenauswahl
besonders in besseren Künstlergardinen... schon von 235 M. an
Madraganarollen, reich bestickt, in jeder Preislage
Hilfsstoffe... von 175 M. an, Tischdecken... von 210 M. an
Stückware, feinste Qualitäten, in allen Breiten und Freilaggen.
Ferner Spannstoffe, Etamine, Zuggardinen, Messingtangen.
Gardinenhaus Hugo Roick
Sebastianstraße 24, II. Etage, nahe Moritzplatz.
Fabriervergütung!

